

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonntage und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Ernst Bittmann, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Bittmann & Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Gr. Mühlgr. 3, Fernspr. 1567. Redaktion und Druckerei: Gr. Mühlgr. 6, Fernspr. für Redaktion 1784, für Druckerei 981.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Anzeigensatz in Deutschland monatlich 1.70 Mk., 3 Exempl. 2.20 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk. monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 Mk. Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Inzertionsgebühr: die sechsgezeigte Zeile 15 Pf., anwärts 25 Pf., im Anzeigenteil Seite 50 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 334.

Nr. 82.

Magdeburg, Dienstag den 9. April 1907.

18. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich des Romans „Arbeit“

Ungeduldige Mietsoldaten.

„Der Mietsoldat wird ungeduldig — mit Ungeheuerlichkeit verlangt er seinen Lohn — Und wären wir ihm nichts mehr schuldig — er ließe ganz und gar davon.“

Dieses Zitat kann man mit gutem Gewissen dem Herrn Reichskanzler empfehlen, um die Stimmung zu kennzeichnen, die den letzten Parteitag der Freisinnigen Vereinigung (6. und 7. April in Berlin) ganz offenbar beherrscht hat. Auch Herr Raumann, der sich im Regierungslager schon ganz behaglich eingerichtet und keine andere Aufgabe mehr zu kennen schien, als von der stolzen Höhe des Sockentotentocks herab „gegen die Marx-Orthodoxie“ seine Jupiterblitze zu schleudern — auch Herr Raumann entdeckte in formell meisterhafter Rede wieder sein besseres Herz, und er hätte auch nicht den Beifall geerntet, dessen er sich wirklich erfreute, hätte er nicht den gegenwärtigen Zustand als einen vorübergehenden geschildert und seine Rede in dem bescheidenen Satz gipfeln lassen, der letzte Kampf des Liberalismus werde sich gegen rechts wenden, denn ein liberaler Kampf, der gegen links geführt werde — sei gar keiner. Einweichen aber will er abwarten, ob es nicht gelinge, unter den gegenwärtigen Umständen „ein einziges“ wirklich liberales Gesetz zu schaffen (möge es nun das Vereinsrecht, das Koalitionsrecht oder die Wahlkreiseinteilung betreffen), von dem man sagen könne, daß „kein konservativer Gifttropfen“ darin enthalten sei.

Man könnte indes immer noch im Zweifel sein, ob nicht Herr Raumann — zunahe bei seiner stark entwickelten Abneigung gegen die „politisch theoretische Desperation“ einer entschiedenen Oppositionspartei — den Aufenthalt im Wartesaal der Weltgeschichte auf die Dauer als ganz behaglich empfinden würde, wenn ihm nicht sein nächster Kampfgeselle Dr. Theodor Barth in einer sachlich scharfen Abschiedsrede entgegengetreten wäre. Barth — der übrigens nicht dauernd nach Amerika übersiedeln, sondern im Herbst von dort zurückkehren will — schöpft seine Kraft nicht wie Raumann aus einer außerordentlichen Kunst des Anschauens und Darstellens, sondern — was nach unserer Meinung mehr besagen will — aus der klaren Konsequenz seines politischen Denkens, jenseits aus dem Charakter seiner Intelligenz. Um so erstaunlicher ist es, daß gerade dieser Mann den „unfruchtbaren Doktrinarismus“ der Sozialdemokratie schilt, er, der von dieser Sozialdemokratie gegen den Vorwurf seiner mehr „realpolitisch“ angelegten Freunde, selber ein „unfruchtbarer Doktrinar“ zu sein, so und so oft verteidigt worden ist. Eben diese Systematik des Denkens, die er selbst an anderen unfruchtbaren Doktrinarismus nennt, verschafft ihm in der Beurteilung der gegenwärtigen Situation seine Überlegenheit über seinen lastenden und gefährlich experimentierenden Freund Raumann.

Barths Doktrinarismus zerstörte die Illusion des „Abwartens“, indem er unwiderleglich nachwies, daß für einen ehrlichen Liberalismus aus den augenblicklichen Verhältnissen eben gar nichts zu erwarten sei. Die demokratische Initiative von links sei besser als Wackelpolitik, in dem Mangel eines parlamentarischen Regierungssystems liege der Grund des gegenwärtigen Übels, ja, ein parlamentarisches konservatives liberales Partei-Regiment sei tausendmal besser als dieser verlogene Zustand!

Der säuerliche Beifall, mit dem die Delegiertenversammlung diese und ähnliche treffende Äußerungen nicht nur Barths, sondern auch Schraders, Posthoffs, v. Gerlach u. a. begleitete, darf freilich nicht höher eingeschätzt werden, denn als Ausdruck einer momentanen Stimmung. Trotzdem — oder deshalb verdienen die Ausführungen der freisinnigen Redner sehr genau vermerkt zu werden. Man wird Gelegenheit finden, Herrn Raumann zuzeiten daran zu erinnern, wie lange er noch auf das „einzigste“ liberale Gesetz ohne konservativen Gifttropfen, wie lange er noch auf „einen einzigen freien Luftzug in Preußen“ warten will. Es ist heute aber schon an der Zeit, eine grobe Ungerechtigkeit zurückzuweisen, die sich Herr Raumann zuschulden kommen ließ, indem er sich über das stellenweise Versagen sozialdemokratischer Stützpunkthilfe im letzten Wahlkampf beklagte. Herr Raumann, der selbst ohne sozialdemokratische Hilfe nicht in den Reichstag gelangt wäre, muß doch sehr genau wissen, daß die Sozialdemokratie vom Freisinn bei der Wählungen für ständige und geschlossene Stützpunkthilfe dadurch belohnt wurde, daß der Freisinn ebenso ständig und fast ebenso geschlossen gegen die Sozialdemokratie für Männer der äußersten

Rechten den Ausschlag gab. Angesichts solcher Tatsachen kann man höchstens Zweifel darüber hegen, ob nicht eine sozialdemokratische Politik der Repressalien gegenüber dem unzuverlässigen Freisinn in noch weit ausgiebigerem Maße hätte geübt werden sollen.

Denn hier ist in der Tat der springende Punkt. Daß der Freisinn am 13. Dezember mit solcher Entschiedenheit ins Lager der Regierung abgewandte, könnte ihm noch zur Not verziehen werden, bejahe er die Fügigkeit und den Willen nach Beendigung dieses aussichtslosen Experiments mit der gleichen Entschiedenheit in das Lager der entschiedenen Opposition einzuschwenken, und mit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Schulter an Schulter für das zu kämpfen, was er durch treue Dienste und friedliche Unterhandlungen nicht zu erreichen vermochte. Der Freisinn hat aber, als er noch sogenannte „oppositionell“ war, mit den Junkern gegen die Sozialdemokratie gekämpft, er hat selbstverständlich daselbst getan, als er sogenannte „Regierungspartei“ wurde, und er wird bei derselben Methode verharren, wenn er wieder einmal sogenannte „Opposition“ spielen sollte.

Darum kann auch der vorsichtige Beobachter die radikale Stimmung, die auf dem Parteitag der Freisinnigen Vereinigung herrschte, vorläufig nicht als den Ausdruck zielklaren Willens einschätzen, sondern nur als die Nervosität von Leuten, die nicht recht wissen, wohin sie wollen. —

Der Witz ins Gefängnis!

Der Boermann-Prozess gegen den verantwortlichen Redakteur des „Simplicissimus“, Gulbranjon, der mit der Verurteilung des Angeklagten zu drei Monaten Gefängnis endete, beleuchtet abermals die Pressefreiheit, die in norddeutschen Ländern wackelt.

Daß ein Urteil, das den Witz ins Gefängnis wirft und das Recht der karikaturistischen Satire tödlich schlägt, möglich ist zu einer Zeit, da angeblich eine Einschränkung der Majestätsbeleidigungsprozesse auf geistlichem Wege vorgenommen werden soll und daß es gefällt wurde in einer Republik, kennzeichnet die Wirklichkeit unserer „liberalen“ Herrschaft. Es wird notwendig sein, einen Gegengewicht zur Einschränkung der Boermann-Beleidigungsprozesse und einen zweiten noch dringenderen zur Einschränkung der Streikbrecher-Beleidigungsprozesse schleunigst einzubringen, wenn sich nicht etwa auch in Deutschland ein Pobedonoszew findet, der dem Staat sein Geld zur Erbauung neuer Gefängnisse testamentarisch vermacht.

Unser liberales Bürgertum eufest sich über die Zustände in Amerika, es entsetzt sich aber auch über die Zustände in Amerika, wo jebiet Korruption herrscht und die Justiz so unzuverlässig ist. Man hat aber noch nie gehört, daß ein amerikanischer Richter einen Witzblatt-Redakteur ins Gefängnis geschickt hat, weil er sich erlaubte, die höchst ansehnlichen Praktiken eines einflussreichen Lustmagnaten in karikaturistischer Uebertreibung zu geißeln.

Es gibt nun eben einmal nicht wenige Dinge, die außerhalb Deutschlands nirgends in der Welt möglich sind.

Hier der Prozessbericht zur eignen Nachprüfung des vorstehend Gesagten:

Hg. Hamburg, 6. April.

Bei überfülltem Zuhörerraum gelangte heute vor dem Schöffengericht 2 unter dem Vorsitz des Vorsitzenden v. Löffel die Privatbeleidigungssklage zur Verhandlung, die der bekannte Grobredner Adolf Boermann gegen den verantwortlichen Redakteur des „Simplicissimus“, Oskar Gulbranjon aus München, angebracht hat.

Die Grundlage der Boermannschen Klage bildet ein in der Nummer 39 des „Simplicissimus“ vom vorigen Jahre enthaltenes satirisches Bild Thöns, das eine mit ihrem Kinde am Hamburger Hafen stehende Frau darstellt, die auf das Wasser hinaus blickt und zu dem Kinde sagt: „Wir können Watern nicht begreifen, da Boermann die Leiche nicht heraus gibt, bis das Lagergeld bezahlt ist!“ Herr Boermann hat erst Klage erhoben, nachdem er durch seinen Rechtsbeistand, Dr. Pauers-Hamburg, die Redaktion des „Simplicissimus“ vergeblich aufgefordert hatte, sich bei ihm wegen dieser in persönlich verlegenden Satire in gebührender Form zu entschuldigen. Boermann hat in seinem Schreiben an die Redaktion des „Simplicissimus“ mitgeteilt, daß seine Rederei nicht nur nicht die Herausgabe von Leichen wegen Nichtbezahlung des Lagergeldes verweigert, sondern sich der Regierung gegenüber sogar bereit erklärt habe, die Leichen deutscher Soldaten von Südwester Afrika unentgeltlich zurückzuführen. Die Redaktion des „Simplicissimus“ hat darauf in ihrem Antwortschreiben erklärt, daß sie sehr wohl wisse, daß die Boermann-Linie keine Leichen wegen ihrer Ansprüche auf Transportkosten zurückbehalten habe. Bild und Text seien eine Satire und sollten lediglich die Verpöschung erwecken, daß die Boermann-Linie bei dem Afrika-Unternehmen nicht ganz so unglücklich sei, wie z. B. die Mutter, die den Sohn im Kampfe verloren habe, und daß die Boermann-Linie aus dem Lagergeldern ganz erhebliche Vorteile bezogen habe. Der

stellvertretende Kolonialdirektor Dornburg habe ja auch die Lösung der Verträge mit der Boermann-Linie sofort nach seinem Amtsantritt als eine der ersten Sanierungsmaßnahmen in der Kolonialverwaltung vollzogen, und diese Erklärung sei im Reichstag von allen Parteien mit lebhaftem Beifall aufgenommen worden.

Der Beklagte Gulbranjon, der durch Reichstagsabgeordneten Rechtsanwält Konrad Gaußmann-Schüttgen und Dr. Braband-Hamburg vertreten wird, hatte in dieser Richtung beschriebene Beweisanträge gestellt. Er hatte zunächst die Ladung des bekannten Schriftstellers Otto Ernst beantragt, der befunden sollte, daß in dem Thönschen Bilde das Maß der erklärten Satire nicht überschritten sei, ferner die Ladung des früheren Direktors der Kolonialabteilung im Auswärtigen Amt, des jetzigen Reichstagsabgeordneten Erbrinzen von Hohenlohe-Langenburg, der über die bekannten Verhältnisse in der Kolonialverwaltung vernommen werden sollte. Das Gericht hat jedoch beide Beweisanträge abgelehnt, dagegen das persönliche Erscheinen beider Parteien angeordnet.

Zu einem vor einigen Tagen angesetzten Termin konnte nicht in die materielle Verhandlung eingetreten werden, weil Herr Gulbranjon erkrankt war und seine Rechtsanwälte erklärten, ohne ihn nicht verhandeln zu können. Als das Gericht trotzdem in die Verhandlung eintreten wollte, legten beide Anwälte die Vertretung nieder, und nun konnte erst recht nicht verhandelt werden.

Zu der Verhandlung ist der Privatkläger Adolf Boermann persönlich erschienen, dagegen hat der Privatbeklagte, Redakteur Gulbranjon, wiederum ein ärztliches Attest eingehandt, daß er nicht erscheinen kann. Das Gericht behält sich die Vorführung des Beklagten vor und tritt in die Verhandlung ein.

Rechtsanwalt Gaußmann: Der Beklagte übernimmt die Verantwortung für das von ihm verantwortliche gezeichnete Bild. Die Publikationen des „Simplicissimus“ kommen in folgender Weise zustande: es tritt ein Stab von Malern und bekannten Schriftstellern zusammen und erörtert die Frage, was in den vergangenen Wochen öffentliches Interesse für die satirische Verteilung geboten hat, und das wird dann in Form von Bildern und Vergleichen, die den Herren als richtig erscheinen, entworfen. Auch im vorliegenden Falle erschien die Darstellung der Redaktion des „Simplicissimus“ richtig. Der Witz ist schon früher einmal vom „Simplicissimus“ in anderer Form gebracht worden. Ein Kapitän und ein Passagier unterhalten sich auf der Deck, da sagt der Kapitän zum Passagier: „Regierungssklagen können wir nicht frei befördern!“ Hier ist der Kern des Witzes, daß die Klagen außerordentlich hoch sind. Derselbe Gedanke steht bei dem Thönschen Bilde wieder, namentlich der Gedanke, daß die Klagen für Waren und schließlich sogar für Leichen von der Boermann-Linie zu hoch erhoben worden ist. Das unter dem Bilde stehende Gespräch der Mutter mit dem Kinde ist natürlich fingiert. Die Zeichnung stellt den Hafen von Neapel dar und die Mutter ist eine nach dem Leben gezeichnete Italienerin. So wenig kam es darauf an, in der Form des Bildes eine direkte Beziehung zum Hamburger Hafen herzustellen. Redakteur Gulbranjon hatte das Bemerkte, daß jeder seiner Leser weiß, daß solche Gespräche immer fingiert sind. Noch nie hat im „Simplicissimus“ eine ernstliche Erklärung, ein wirklich satirisch fundiertes Gespräch gestanden. Immer sind sie in der Form von witzigen Uebertreibungen, die je nach Umständen stärker oder weniger stark sind, dargestellt.

Der Vertreter des Privatklägers, Rechtsanwalt Pauers, und der Privatkläger Boermann selbst verzichteten auf das Wort. H. Gaußmann: Ich habe mir erlaubt, vor dem vorigen Verhandlungstermin zwei Beweisanträge zu stellen: nämlich die Ladung des Erbrinzen von Hohenlohe-Langenburg als Sachverständigen über die Verhältnisse in der Kolonialabteilung und die Ladung des Schriftstellers Otto Ernst als Sachverständigen über das Wesen der Satire. Beide Anträge halte ich für erheblich.

Vors. Amtsrichter v. Löffel: Das Gericht hat keineswegs die Verteidigung des Beklagten abzuweisen wollen. Ihre Beweisanträge sind jedoch erst zu kurze Zeit vor dem vorigen Termin gestellt worden, daß wir Sr. Durchlaucht dem Prinzen Hohenlohe nicht zumuten konnten, so rasch nach Hamburg zu fahren. Der Privatbeklagte hatte seit jener Zeit gehabt, die Beweisanträge zu juristizieren.

H. Gaußmann: Ich halte nach wie vor diese Beweisanträge für erheblich.

H. Pauers: Der Privatbeklagte beantragt die Ladung des Erbrinzen von Hohenlohe als Zeugen darüber, daß Adolf Boermann die Liegegebühren vollständig dem Reiche gegenüber ausgemittelt hat. Dieser Beweisantrag hat mit der Verteidigung, die hier vorliegt, nicht das geringste zu tun. Es ist selbstverständlich nicht wahr, wenn etwas dergleichen von der Gegenseite behauptet wird. Aber wenn wir Sr. Durchlaucht den Erbrinzen hier hören würden, würden wir aus seinem eignen Munde erfahren, daß an dieser Behauptung kein wahres Wort ist. Wenn aber wirklich an der Sache etwas sein sollte, daß der Liegegebührenkauf über das Maß hinaus ausgenutzt worden ist, im Interesse des Privatklägers, so gibt das dem Beklagten noch lange nicht das Recht, in der Weise, wie er es getan, vollständig unwahre Behauptungen aufzustellen. Außerdem steht zwischen der Behauptung des Beklagten und dem wahren Sachverhalt das Tertium comparationis (das dritte Glied des Vergleichs). Nicht einmal Privatverleumdungen gegenüber hat Boermann die Liegegebührenkauf rücksichtslos angewendet.

H. Gaußmann: Diese buchförmliche Auslegung führt zu ungerechten Schlüssen und zu einer ungerechten Beurteilung des ganzen Falles. — Das Gericht behält sich die Beschlußfassung über die Anträge des Verteidigers vor.

Es folgen dann die Plaidoyers:

H. Pauers: Der Sachverhalt ist klar. Das Bild Thöns liegt vor, das nun plötzlich den Hafen von Neapel darstellen soll. Merklichst die Worte: „Wir können Watern nicht begreifen.“ Wir sehen eine gramegebaute Frau, in ihrem Gesicht sind Gäh und Groll angedeutet über die ihr zuteil gewordene Behandlung. Unter dem Bilde stehen die Worte: „Wir können Watern nicht begreifen, weil Boermann die Leiche nicht heraus gibt, bis das Lagergeld bezahlt ist.“ Das ist nach meinem Dafürhalten ebenfalls eine ganz bestimmte Behauptung und die Darstellung einer ganz präzisen Tatsache. Die Boermann-Linie war im Zweifel, ob lediglich Böswilligkeit die Handlung des „Simplicissimus“ bestimmt hat, oder ob wirklich Schwierigkeiten bei der Anlieferung der Leichen am Angehörige von in Südwester

Afrika gefallenen Kriegern vorgekommen sind. Ich habe deshalb an den „Simplicissimus“ geschrieben, er solle sich, wie es unter anständigen Menschen Sitte ist, entschuldigen. Es kann doch in einem großen Betrieb, wie der Woermannsche, es ist, vorkommen, daß vielleicht ein Verordnungs-Unternehmen Schwierigkeiten macht. Nichts davon hat sich als wahr herausgestellt. Der „Simplicissimus“ hat aber die Zurücknahme seiner Behauptung dennoch verweigert. Er hat geschrieben, es wisse jeder seiner Leser, daß die Woermann-Linie Leiden nicht zurückbehalte. Seine Leser wüßten auch, daß sie ein satirisches Blatt nicht wörtlich zu nehmen hätten, wie einen Polizeibericht. Der Privatbelleagte hat lediglich ins Blaue hinein diese infame Verdächtigung gegen den Privatbelleagte ausgesprochen. Er schreibt, er wüßte den Prozeß, weil er Details bringen werde. Diese Details sollen ihm werden, allerdings nicht in dem Sinne, wie er es wünscht. Ich erkläre, daß ich die Beziehungen der Woermann-Linie zum Deutschen Reich nicht zum Gegenstand der Verhandlung machen werde. Das ist im Augenblick inopportun, wo diese Dinge einem Ehrenrichtungsgericht in Bremen zur Beurteilung unterliegen. Aber den Leichentransport wollen wir erörtern. H. H. Gauerz verliert nunmehr die eingehende Korrespondenz, die zwischen dem Oberkommando der Schutztruppe und der Woermann-Linie stattgefunden hat. Danach hat sich Woermann, wie schon gelegentlich im China-Feldzug, zur frachtfreien Beförderung der Leichen von Südwesafrika nach Hamburg bereit erklärt. Kein Wort ist also davon wahr, daß jemals die Woermann-Linie irgend welche Bezahlung für die Beförderung von Leichen genommen hat, aber gar die Auslieferung einer Leiche von der Bezahlung abhängig gemacht hat, so daß die Beförderung auf vaterländischem Boden unmöglich gewesen wäre. Was der Privatbelleagte behauptet hat, ist unwahr und geeignet, den Privatbelleagte in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Sie wollen beachten: gerade diesen Privatbelleagte. Denn Herr Wolf Woermann hat seine Lebensaufgabe darin gesehen, Afrika zu Deutschland zu verbinden. Er hat diese Arbeit mit eifrigem Fleiß und großer Konsequenz durchgeführt. Er hat sich dafür den Dank aller verständigen Leute erworben und den Dank des Oberkommandos der Schutztruppe in einem speziellen Falle bereits erhalten. Der Belleagte wirft dem Kläger eine unwiderstehliche schändliche Handlungsweise vor. Jeder Mensch, selbst die Barbaren haben Ehrgefühl und Scham vor der Leiche eines gefallenen Kriegers, und der Privatbelleagte geht in dem Mangel jedes menschlichen Gefühls so weit, daß er die Seelenqualen der armen Frau zu seinem Witz benutzt. Es handelt sich nicht allein um eine Verunglimpfung der Person des Privatbelleagten, sondern um einen Angriff gegen das ganze große Unternehmen. Es kam dem „Simplicissimus“ darauf an, dieses Unternehmen in der Welt zu diskreditieren und herabzusetzen und dadurch in seinem großen Selbstzweck Störung gegen das Unternehmen zu machen, insbesondere bei den unteren Teilen der Bevölkerung. Das können wir uns nicht gefallen lassen. Der Angeklagte mußte wissen, wie schwer der Vorwurf den Privatbelleagte trifft, er mußte damit rechnen, daß der Leichenreis des „Simplicissimus“ auch im Ausland sehr sehr mißliebig zu einem Unternehmen stellen würde, wo derartige Mißstände die Handlungsweise des Belleagten ist gemein, das ist der einzige Ausdruck, den ich von Freunden und Bekannten gehört habe. Das kann nur gesühnt werden durch eine sehr hohe Strafe. Ich habe zu diesem Gericht das Vertrauen, daß man nicht mit der gewöhnlichen Strafe für Verleumdungen in diesem Falle arbeiten wird. Ich habe das Vertrauen, daß eine exemplarische Strafe über den Belleagten verhängt wird und ich hoffe, daß das Ergebnis dieses Prozesses die Beurteilung des Belleagten zu einer empfindlichen Freiheitsstrafe sein werde.

Der Vertreter des Privatbelleagten H. A. Brauband führt aus: Man darf den „Simplicissimus“ nicht wörtlich nehmen. In diesem Falle muß man insbesondere die allgemeinen Verhältnisse berücksichtigen, speziell das, was die Woermann-Linie an den Verträgen mit dem Reich verdient hat. Nur unter Berücksichtigung dieses Umstandes kann man dem Belleagten gerecht werden. Deshalb muß man den gefälligen Beweisansätzen zustimmen.

Vertreter des Privatbelleagten H. A. Gaußmann: Woermann verlegt ein Bildblatt wegen eines Witzes, den es über ihn selbst gemacht hat. Ich bin der Meinung, daß es ein Verstoß gegen die Sittlichkeit wäre, eine Satire nicht mit dem Wohlstand der Satire zu messen. Der „Simplicissimus“ wollte mit dem Witz einen bestimmten Gedanken in andere Menschen wecken, und nur wenn dieser erwachte Gedanke satirisch ist, kann Satire beizubehalten werden. Wenn der Privatbelleagte sich jagte, daß die Leser des „Simplicissimus“ den Gedanken schon auf das richtige Maß reduziert hätten, so kann er nicht bestraft werden. Die ganze Angelegenheit soll man doch nicht nach den Buchstaben beurteilen, sondern man soll den tiefen Gedanken ergreifen. In der ganzen Kammer des „Simplicissimus“ befinden sich fingierte Gespräche. Auf der ersten Seite wird ein Engel wegen Aufstörung in der Christenheit von einem Polizeidiener verhaftet, auf der anderen Seite sagt eine Kriminelle, sie müsse jetzt bestrafen, da sie niemand habe, der ihr die Notizenblätter möglicherweise. Zum Schluss kommt ein Verstoß zwischen der Schutztruppe und ihrem Entsende. Alles ist fingiert, jeder Leser hat den Eindruck, daß in der ganzen Kammer nur mit Fiktionen gearbeitet wird. In einer früheren Kammer des „Simplicissimus“ war die Fiktion aufgestellt, daß die Schutztruppe von Sachsen zu Weichseln nach Dresden zurückkehrt und von einem Polizeidiener aus dem Schloß gejagt wird. Ein fiktives Gericht hat die Klage des Königs von Sachsen zurückgewiesen und den Belleagten freigesprochen, weil es annehmbar, daß jedermann die Fiktion erfinden müsse. Die ganze Art der Darstellung der Privatbelleagte ist falsch. Der Gegner hat sich in keiner Einmütigkeit über den Belleagten ausgesprochen, weil er das Bild für die Darstellung einer wahren Tatsache hält. Kein Richter ist zu sehr beeinflusst bei der Sache. (Heiterkeit. H. A. Gaußmann: Ich habe die Schwierigkeit (John Woermanns). Wir können uns das nicht gefallen lassen, hat er gesagt. Da er selbst Verleumdung ist, ist er als solcher etwas befangen, während ein Unterworfener dieser Angelegenheit ruhig gegenüberstehen kann. Der Privatbelleagte hat den Geist herausgefordert; er soll ihn haben. Aber man darf er nicht sagen: Wir lassen uns auf die Erörterung der Verleumdungen der Woermann-Linie zum Reich nicht ein. Denn nach allem ersicht werden. Das Gericht darf sich nicht darum bekümmern, ob die Sache inopportun ist oder nicht. Das Gericht hat nur dem Belleagten sein Recht zu verschaffen. Der Versuch der Gegenseite ist begreiflich, die Kammer aus dem vorliegenden Prozeß auszuscheiden, aber wir müssen ihn ausdrücklich erörtern. Der Belleagte hat die Behauptung aufgestellt, die Woermann-Linie habe Gewinnzinsen bei der Beförderung der Leichen zu zahlen. Das ist der ganze Kern der Behauptung, den wir prüfen müssen. Deshalb stelle ich folgende Beweisansätze: Die Firma Woermann hat den Leichen nach Südwesafrika sowohl von Europa als von Asien, aber als ihr Privilegium monopolisiert und jede Konkurrenz ausgeschlossen. Sie hat die Beförderung von Leichen von Personen, gleichviel ob für die Regierung oder für Private, ganz anverwandtschaftlich hohen Preisen ausgesetzt. Dadurch hat sie für gelieferte Leichen Liegeplätze in solchen Menge erhoben, daß die Beförderung, welche allein das Reich und die Regierung zu zahlen hätten, in die Millionen gelaufen. Während für eine Leiche nur 20 Mk. Liegeplatz gezahlt werden, hat die Woermann-Linie 30 Mk. erhoben. Das ist ein Liegeplatz von 16 Mk. Sie hat diesen Betrag für Liegeplätze noch dadurch erhöht, daß sie in Südwesafrika ganz ungenügende Einrichtungen und viel geringere Schiffe hielt, so daß die Leichen lange lagerten. In dem Dampfer „König“, der 6 Monate in Südwesafrika lag, hat sie pro Tag 300 Mk. Liegeplatz in Form von Liegeplätzen von Reich bezahlt erhalten. Die Linie ist deshalb auch von der Reichsregierung jetzt zur Rückzahlung der zurückgezählten Gelder angehalten worden. Das ist der einzige Punkt, um den die Gegenseite

herumkommen wollte, und dessen Erörterung sie zurzeit nicht für opportun hält. Der „Simplicissimus“ erscheint aber in einem ganz anderen Licht, wenn wir diese Tatsachen uns vorhalten. Die Woermann-Linie hat den Dampfer „General“ von einer andern Linie für 3000 Mark für den Seetransport gechartert, und für den Transport, den sie mit dem Schiffe von Kapstadt nach Stalupom für die Regierung unternahm, hat sie sich mehr als 30 000 Mark zahlen lassen. Für die Lieferung von 700 Tonnen Süßwasser hat sie sich von der Regierung einen weit über den üblichen Satz hinausgehenden Preis zahlen lassen. Die Wirkung dieser Ausnutzung des Monopols war die Verwertung des Feldzugs in Südwesafrika und die Steigerung der Lebensmittelpreise in den Kolonien. War ferner die Not und Entbehrung, die Militär und Zivil ertragen mußten. Weiter ist durch das Monopol die Errichtung von Handelsniederlassungen dritter Personen in den Kolonien unmöglich gemacht worden. Nun sind wir nicht so unerschrocken, um nicht zu wissen, daß ein Kaufmann Geschäfte machen muß; aber hier ist der Verdienst durch das Monopol zu stark ausgenutzt worden. Der deutsche Steuerzahler, der die Kosten tragen muß, hat das Recht, bittende Kritik an diesen Maßnahmen zu üben. Der Privatbelleagte ist auch in gewissem Sinne der Ratgeber für die Regierung in kolonialen Unternehmungen gewesen. Da kann man ihm den Vorwurf nicht erproben, daß er trotz dieser Vertrauensstellung der Regierung so wenig vorteilhafte Ratschläge gegeben hat. Jetzt ist ja der Vertrag gekündigt, weil das Reich die Verbindung mit der Woermann-Linie für eine das Reichsinteresse schädigende Maßnahme gehalten hat. Jetzt sind die Frachten auf einmal außerordentlich heruntergegangen, bis auf 40 Proz. Das beweist, wie unvernünftig die großen Gewinn die Woermann-Linie eingestrichen hat. Für alle diese Tatsachen nenne ich als Zeugen den früheren Kolonialdirektor Ehrhartz von Hohenlohe und den jetzigen Kolonialdirektor Dernburg. Außerdem benenne ich sie als Sachverständige darüber, ob die von Woermann genommenen Preise nicht über die normale Grenze hinausgingen. Es nimmt sich recht eigentümlich aus, wenn der Vertreter des Privatbelleagten in diesem Zusammenhang von den nationalen Verdiensten seines Mandanten spricht. (Heiterkeit.) Jeder Staatsbürger und jeder Deutsche ist berechtigt, Kritik zu üben, und deshalb hat der Belleagte in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt. Ein Mißblatt konnte darüber keinen Leichtsinn schreiben, es mußte die Vorgänge kritisch behandeln. Es gibt gute und schlechte Witz, gerade wie es Redereien mit besser und weniger gut ausgerichteten Schiffs gibt. Von diesem Gesichtspunkt aus scheint mir die ganze Anklage verfehlt zu sein. Wir geben dem Kläger gern die Erklärung ab, daß er an Leichentransporten weder Geld verdient hat, noch verdienen wollte. Aber man muß einem Mißblatt das Recht geben — und es gibt gottlob noch Mißblätter in Deutschland —, Kritik zu üben. Besser hätte der Privatbelleagte daran getan, wenn er auch diesen Witz hätte auf sich beruhen lassen, wie er es auch mit dem Witz über die „Regierungsschiffe“ getan hat. Galt er aber vor den Richtern, so muß er sich gefallen lassen, wenn sein ganzes Verhältnis zum Reich flagrant wird.

H. A. Gauerz: Ich kann erklären, daß alles, was der Vorredner unter Beweis stellen will, von A bis Z unwahr ist. In der Presse ist maßlos übertrieben und gegen die Woermann-Linie gehetzt worden. Wie hoch aber die Verdienste der Woermann-Linie sind, weiß keiner. Es ist deshalb eine Dreifachheit, zu behaupten, Woermann habe in wunderlicher Weise das Reich ausgebeutet, wenn man nicht weiß, wie das Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben ist. Der Belleagte hat offenbar Satire und Lüge vermischt. Satire ist nach Horaz „Midenbo dicere verum“ (Sagend die Wahrheit sagen). Hier ist aber etwas Ergötliches in die Welt gesetzt. Der Witz mit den Regierungsschiffen ist satirisch geschrieben, weil es wirklich ein Witz ist. Es gibt keinen Redner, der für glatte Frachten nimmt. Aber hier war die Wirkung des Witzes eine ernste. Es handelt sich um eine verabschiedungsmäßige Satire, für die der Belleagte bestraft werden muß.

H. A. Brauband polemisiert nochmals in längeren Ausführungen gegen H. A. Gauerz. Der Belleagte habe sagen wollen, daß die von der Woermann-Linie erhobenen Liegegebühren zu hoch seien.

H. A. Gaußmann: Herr Kollege Gauerz jagte, niemand wisse, wie hoch die Verdienste der Woermann-Linie gewesen seien. Er und sein Mandant wüßten es. Wenn sie es uns sagen würden, brauchen wir keine Beweisansätze zu stellen. Da sie es aber nicht sagen, müssen wir eben den Beweis führen. Der Kollege hat den Vorwurf der Dreifachheit erhoben. Wenn er mich persönlich treffen wollte, so erwiedere ich, daß er selbst zeigt, wie leicht man zu Verleumdungen kommen kann. Man sollte dann aber auch nicht mit dem größten Geschick gegen den Belleagten vorgehen. Der Vertreter des Klägers hat von Fiktionen und Gemeinheiten, lauter formale Verleumdungen, gesprochen. Das sollte an dieser Stelle eigentlich nicht erlaubt sein. Es ist übrigens bezeichnend, daß der Kläger die Klage in Hamburg unabhängig gemacht hat. Bei offiziellen Strafproben kann der Belleagte nur von dem Gericht beurteilt werden, an dem er seinen Wohnsitz hat. Wäre die Verhandlung in München gewesen, so hätte man sich um Genuß, Mühe und Betrug des Belleagten ein feineres Gefühl gehabt, wie hier in Hamburg, wo man vielleicht mehr die Auffassung des Klägers teilt. (Heiterkeit.)

Gaußmann jagt sich der Gerichtsbarkeit zur Beratung zurück. Nach längerer Beratung befand der Vorsitzende, Richter v. Kessel folgendes:

Urteil.

Der Belleagte Gulbranson wird zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Zusätzlich wird dem Privatbelleagte die Publikationsbeurteilung angeordnet. Die Beweisansätze des Belleagten sind als unerschöpflich abgelehnt worden. Das Gericht ist in allen Punkten den Ausführungen des Privatbelleagten gefolgt. Das Bild ist eine gemeine Verleumdung, da es mit dem höchsten, der Leiche eines gefallenen Kriegers, Scherz treibt. Der Satz des § 193 ist dem Belleagten verhängt worden, da er sein Denkschild, sondern ein Normgesetz sei. Der Privatbelleagte sei aus der Verhandlung vollkommen intakt hervorgegangen. Die maßgebenden Behörden haben sich mit keiner Angelegenheit beschäftigt und keinen Anlaß gefunden, gegen Woermann vorzugehen. Es sei weder ein Strafprozeß, noch ein Zivilprozeß gegen ihn eingeleitet; lediglich ein ehrenrühriges Verfahren sei gegen ihn wegen einiger nebenbeilicher Fragen anhängig. Es ist kein Zweifel, daß die Strafkammer Gelegenheit erhalten wird, die Stellung des Schöffengerichts nachzuweisen. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 8. April 1907.

Und wieder ein Wahlrechtsraub!

Auf Hamburg und Lübeck folgt Rostock. Es ist das der Zug nach dem russischen Osten an der Seezähle entlang. Rostock hatte bisher ein kommunales Wahlrecht, das es den Arbeitern, soweit sie „Bürger“ waren oder wurden, ermöglichte, einige Männer ihres Vertrauens unter die Rector, Kaufleute und Hausbesitzer zu setzen. Diese sollte für die städtische Verwaltung und das behagliche Stilleben der wohlhabendsten Klassen. Folglich müssen die Rechte herausgeholt werden.

Bisher war es in Rostock auf dem kommunalwahlrechtlichen Schiene so beschaffen: Die Stadtoberordneten wurden nicht von der Gesamtheit der Einwohner gewählt, sondern

das Wahlrecht war an die mit allerhand Umständen verbunden und 15 Mark Kosten verknüpfte Erwerbung des Bürgerrechts gebunden. Die Zahl der Bürger ist daher recht geringe, sie beträgt nicht volle 2000, die in drei Klassen eingeteilt sind, von denen jede 20 Vertreter wählt. Während nun bisher die Klasseneinteilung die war, daß in der ersten Klasse alle Bürger wählen, die über 40 Mark Armengehalt zahlten, in der zweiten Klasse alle Bürger mit einem Jahreslohn von 13 bis 40 Mark Armengehalt, in der dritten Klasse alle Bürger mit weniger als 13 Mark Armengehalt, will die Vorlage des Rates alle Bürger bis zu 2500 Mark Einkommen in die dritte Klasse bringen, während die zweite Klasse bis zu 6000 Mark gehen und die erste Klasse die Bürger mit über 6000 Mark Einkommen enthalten soll.

Als Grund für diese „Reform“ gab der Rat, das heißt der Magistrat, ganz offen an, daß er es nicht für geraten halte, sozialdemokratischen Bürgervertretern in größerer Anzahl Eingang in die Bürgererschaft, die Stadtoberordnetenversammlung, zu verschaffen, weil die Sozialdemokratie unfähig wäre, kommunale Angelegenheiten anders, als durch die Parteibrille zu betrachten und sie stets bestrebt sei, ihre Mitarbeit in den Kommunalverwaltungen ihren politischen Zielen dienlich zu machen!

Diese objektive, durch nichts wie die laute Wahrheit distillierte Begründung hat bei den Interessenten natürlich durchgeschlagen. Am Freitag ist der Wahlrechtsraub unter der Führung des nationalliberalen Reichstagsabgeordneten für Rostock von der erdrückenden Mehrheit mit Hurra hoch geborgen worden. Die Folge wird zunächst die sein, daß in der Arbeitererschaft ein ganz anderes Interesse für die Kommunalwahlen erwacht und daß sie künftig in weit kräftigerer Weise und mit größerer Zahl diejenigen Rechte wahrnimmt, die die Wahlrechtsräuber von heute ihnen gnädigst noch gelassen haben.

Die sozialdemokratischen Rechte wird man folglich nicht vertreiben können. Einige werden durch die Mächte des verengerten Dreiklassenregimes immer noch durchschlüpfen. Aber diese wenigen werden ganz anders wie bisher um sich beißen, und selbst bürgerliche Elemente werden als Mitleidrechtete ihnen später zurufen: Biet too! Biet too! —

Ruhe!

Die „Ezernowitzer Allgemeine Zeitung“ erhält aus Jassy einen Bericht über die gegenwärtige Situation in Rumänien, in welchem es unter anderem heißt:

Ruhe, Ruhe, Ruhe. Inzwischen fahren ununterbrochen Militärzüge von Süd nach Nord und von Nord nach Süd. Die Reservisten, die vorläufig noch unter Waffen gehalten werden, sollen erst am 1. Juli entlassen werden, zur Vorrichtung werden jedoch die malakischen Soldaten nach der Moldau und die moldauischen nach der Walachei geschickt. Die relativ größte Ruhe herrscht in den Distrikten Dorohoi und Botoschani, obgleich die Agitation gegen die Juden fortbauert. Einige Präfecten legen Voten auf, auf denen die jüdischen Richter mit ihrer Unterschrift besunden sollen, daß die Agrarbewegung nicht gegen die Juden gerichtet gewesen sei. Die Richter verweigern jedoch ihre Unterschriften.

Bezeichnend ist, daß zahlreiche Juden unter der Beschuldigung verhaftet wurden, daß sie die bäuerliche Bevölkerung zum Aufbruch aufgeschauelt haben. Der Metropolit von Jassy erhält zahlreiche Besuche von Bauern, welche ihn bitten, man möge sie des gefürchteten Fides entbinden. Sie hätten nämlich geschworen, den Gutsbesitzer totzuschlagen; nun könnten und wollten sie diesen Eid nicht halten.

Die Geldkrise macht sich immer geltend. Es gibt reiche Gutsbesitzer, welche augenblicklich nicht über 10 Grant Bargeld verfügen. Die Bankiers geben nichts her. Die Nachtraten sind bald fällig, der Anbau ist verpölet. In der Moldau liegt noch die reiche Winterernte des Vorjahres aufgeschichtet; diese wird jetzt um jeden Preis losgeschlagen werden. In der Walachei aber sind Hunderttausende von Meterzentnern Getreide und Mais verbrannt worden. —

Die russische Revolution.

Salben!

Aus Bialystok kommt über Warschau folgende Kunde:

Dieser Tage begab sich der Nebieraufseher Meksjez mit drei Polizisten und vier Soldaten um 1 Uhr nachts in die Neue-Welt-Straße, um einige Wohnungen des Hauses Aulejsa zu durchsuchen. Als er an das Haustor klopfte, fielen aus einem Fenster einige Schüsse, die ihn selbst und einige Polizisten verwundeten, und unmittelbar darauf folgte eine Bombe auf die Straße, die mit lautem Knall explodierte.

Man holte nun zwei Kompanien Infanterie, ließ das Haus umzingeln, schlug das Tor ein und begann die Durchsuchung. In der Wohnung, aus der gefeuert worden war, wurde niemand gefunden; auf dem Fußboden lag nur ein Revolver. Als man sich hierauf in eine zweite Wohnung begeben wollte, fielen aus dem Innern wiederum Revolvergeschüsse. Die Polizei forderte nun die im Hause befindlichen Frauen und Kinder auf, das Haus zu verlassen, und man begann das Haus zu beschließen. Da die Schüsse nicht erwidert wurden, war man der Ansicht, daß die Belagerten bereits tot seien.

Um sich davon zu vergewissern, näherte sich Oberst Wojciechowski dem Fenster. In diesem Augenblick wurde von Innern wiederum aus dem Fenster geschossen, worauf das Militär eine neue Salve abgab. Nunmehr verflüchteten die Schüsse aus dem Hause.

Man brach die Tür ein und fand zwei Leichen, beide mit Revolvern in den Händen: den 17jährigen Gerber Samuel Bajer und den 19jährigen Schüler Schara Ruder.

Die Qual der Volksschullehrer.

Der Herausgeber des „Volkserziehers“, Wilhelm Schwaner, hat in seiner Zeitschrift eine Reihe von Briefen veröffentlicht, die von Volksschullehrern geschrieben sind und in denen gewisse Zustände des Religionsunterrichts erörtert werden. Die „Blätter für deutsche Erziehung“ (Herausgeber Artur Schulz in Wittenverder bei Berlin) reproduzieren diese Briefe und wir teilen hier die besonders charakteristischen mit:

1.

„Wir ist auf dem platten Lande Schlesiens keine Schule bekannt, wo nicht nach einem der genannten biblischen Geschichten die „Geschichte des Reiches Gottes“ gelernt würde. Als ich vor zwei Jahren die Geschichte des Alten Testaments nicht genügend gepaukt hatte, um die Kinder nicht zu sehr zu quälen, wurden die Geschichten bei der Schulprüfung natürlich nicht glatt und wörtlich genug erzählt, worauf mir der Herr Orts- und Kreisinspektor (ein Geistlicher!) eine Mahnung zuteil werden ließ, in dieser Hinsicht strenger zu sein, da das Erzählen der biblischen Geschichten von der königlichen Regierung durchaus verlangt wurde.“

Brief aus Schlesien. 10. Dezbr. 1906.

2.

„Soeben lese ich Ihren Artikel „Wahrheit und Mannhaftigkeit“. Meines Erachtens wäre es ratsamer gewesen, Sie hätten gefragt: Wo in Preußen gibt es eine Schule, in der es gestattet ist, von den Büchern der Bahn, Sperber, Schöbe, Nahlke u. a. abzusehen? Sie hätten sich dann viel Respekt verdient. Oder sollte wirklich irgendwo in Preußen eine Schule sein, in der der Lehrer unterrichten darf, wie ihn sein Inneres treibt? Ich kenne keine!“

Brief aus Hannover. 8. Dezbr.

3.

„Semesterabschlussprüfung an der Präparandie. Prüfungsvorsitzender: der Seminardirektor, ein Theologe. Examinator: ein Volksschullehrer, provisorisch an der Präparandenanstalt tätig. Frage an den Examinanden: „Wie denkt sich der fromme Christ die Erschaffung der Welt?“ Diese Entrüstung in den Gehäusen des strengen recht- und buchstabengläubigen Direktors. Kaum hat der Prüfling die vorgelegte Frage als Einleitung zu seiner Antwort wiederholt und den ersten Vers des mosaischen Schöpfungsberichtes zitiert, da donnert's auch schon los:

„Was schwagen Sie da für ungereimtes Zeug! Das ist ja ein unverantwortlicher Unsinn! Der wahrhaft fromme Christ denkt sich das nicht nur, nein, er weiß und glaubt, daß es buchstäblich so geschehen ist; denn die Bibel offenbart es uns! Es ist der Schöpfungsbericht, direkte göttliche Offenbarung, an deren Wort und Sinn absolut nicht gerüttelt werden darf! Güten Sie sich in Zukunft vor solchen albernen nichts-würdigen Wendungen!“

Diese Worte, in einem wahrhaft bellenden, wutigen, anstößigen Tone — außerordentlich erbauend wirkend! — dem Schüler entgegengeflattert, gaben natürlich dem Herrn Examinator, der nach kurzer Zeit aufgeführt hat, Präparanden zu unterrichten. Der Herr Direktor aber amtiert heute noch als solcher, und geändert hat er seinen „Glauben“ den Ergebnissen der Wissenschaft entsprechend nicht; eher ging er ein Kiesel durch ein Nadelohr! Heutzutage beherrscht dieser Geist des sel. Jahn sämtliche Volksschulen unseres Regierungsbezirks.“

Brief aus Rheinland. 10. Dezbr. 06.

4.

„Als ich ins Amt trat, war ich noch „rechtgläubig“. Unter diesen Anschauungen habe ich auch meinen Dienst geleistet und gelobt, mein Amt besten Wissen und Gewissen zu verwahren. Heute stehe ich aber auf ganz anderm Boden. Mein Glaube ist nicht mehr derselbe wie damals und mein Gewissen richtet scharfer.

Ich bin nicht scholastisch und jesuitisch genug, die Eidesformel meinem jetzigen Glauben entsprechend umzuwandeln. Das ließ mir keine Ruhe. Ich ging also zum betreffenden Degenerenten der königlichen Regierung und klagte ihm meine Seelen- und Amtsnöte. Und was er mir als Antwort? „Wenn einer das nicht unterrichten kann, so muß er eben gehen!“ Ich habe also als ehrlicher Mann die Konsequenz gezogen und meinen Abschied genommen.“

Brief aus Rheinland. 10. Dezbr. 06.

5.

„Bei uns drif der Direktor nach Sperber und nach — seinem Katechismus. Die Katechismus hat der Herr Direktor selber (abs-) geschrieben, und seit Jahrzehnten läßt er ihn wörtlich (mit 200 Quartaillen) in allen Präparanden- und Seminaristen auswendig lernen. Ich kenne sogar einen Pfarrer, der diesen Katechismus von allen seinen Konfirmanden abschreiben und auswendig lernen läßt.“

Brief aus Hessen-Nassau. 9. Dezbr. 06.

6.

„Zum Herrn Seminarbibliothekar kommt ein „Jüngling“ und bittet um „Bibel und Bibel“. Verlegenes Ausweichen: „Da müssen Sie erst den Herrn Direktor fragen!“ Geschieht. Der: „Wie kommen Sie zu solcher Bitte? Wer sagte Ihnen von diesem Buche? Jedenfalls lesen Sie auch die ruhige und klärende Gegenschrift von Guntell!“ Bei der Abgangsprüfung wird der Herr Generalinspektor und schließlich der Herr Regierungsrat auf den jungen frechen Dachs aufmerksam gemacht, der nach Dingen fragt, die oben höchst verdächtig erscheinen. Wie es ihm im Auge ergangen ist, darüber kann Ihnen jeder beliebige Lehrer Aufschluß geben; denn gut geht's keinem, der nach Wahrheit und Klarheit sucht.“

Ein Seminarlehrer. 12. Dezbr. 06.

7.

„Merktlich sah ich mit einigen Freunden aus der Provinz in einem Hotel beim Frühstück. Am Nebentisch sprachen einige Herren über Schule und Kirche. Der eine, wie sich bald herausstellte, ein Meißener, erklärte plötzlich ganz laut: „Die Lehrer sind die größten Lügner!“ Meine Freunde sprangen auf und verlangten Zurücknahme der öffentlichen und groben Beleidigung. Da kamen sie aber an den Unrichtigen. Denn der schlafgertige Meißener legte uns diese Frage vor:

„Meine Herren, lehren Sie nicht, daß Gott in sechs wirklichen Tagen Himmel und Erde geschaffen habe und daß er am siebenten ruhet? Lehren Sie nicht, daß eine veritable Schlange das erste Menschenpaar zur Sünde verführt habe? Daß Gott mit Abraham sprach, handelte, wanderte, daß er um der Sünde willen alle Menschen, auch die unschuldigen Kinder und Tiere ersäufte? Daß er Sodom und Gomorra zerstörte, weil nicht fünf Gerechte darin waren? Daß er Lots Weib zur Säuugle werden ließ, weil die Menschheit mitleidig hinter sich sah, und dergleichen mehr? Sagen Sie etwa den Kindern, was hinter alledem steckt? Oder dürfen Sie es überhaupt sagen? Obgleich Sie es selber nicht glauben?“

Wir waren geschlagen.

„Damit Sie aber sehen, meine Herren,“ fuhr der Zürcherliche fort, „daß ich Bescheid weiß, verrate ich Ihnen, daß ich — selber Lehrer war, und daß ich meinen sonst so schönen Beruf aufgab, weil ich vor den denkenden Schülern aufgeklärter Eltern nicht länger als Lügner bestehen wollte. Denn ich habe alles das nicht geglaubt. Ich glaube an keinen Teufel als an den im Menschen. Ihr aber müßt ihn lehren mit Dorschhorn, Pferdehuf und Eisenschwanz.“

Brief aus Westpreußen. 6. Dezbr. 06.

Daß diese Art Erziehung ihre Wirkung nicht veriebt. Können wir alle Tage sehen, wenn wir die Volksschullehrer im öffentlichen Leben beobachten. Der letzte Wahlkampf hat es wieder in erschreckender Weise gezeigt. Die paar Männer, die unter diesem System nicht zusammenbrechen und es

wagen, sich dagegen aufzuheben, sind an den Fingern her-zuzählen.

Es wird viel geklagt über den sogenannten Zwiespalt zwischen Schule und Haus, und er ist sicher im Interesse der Erziehung beklagenswert, aber der Grund liegt am Ende doch nur darin, daß die Volksschule von der herrschenden Klasse als Herrschaftsinstrument benutzt wird. Die herrschende Klasse ist es selbst, die den Konflikt in die Schule trägt, weil sie die Schule gegen das Volk ausspielt.

So wie es hier auf dem Gebiete der Väterkenntnis getrieben wird, so wird es noch viel toller auf dem der Geschichte getrieben, und was an den Lehrern des Volkes gesündigt wird, das geschieht ja nur in Rücksicht auf die Kinder; an ihnen fühlen dann die Eltern die Folgen der Lehrererziehung. —

Aus der Parteibewegung.

Die Zeugniszwangsbaumschrauben werden angefaßt. In dem Zeugniszwangsverfahren gegen den verantwortlichen Redakteur der „Volksstimme“, Genossen Ged, wegen Ermittlung des Verfassers eines Artikels in der Festschriftsumme „Schnapptafel“ hat das Landgericht die Beschwerde des Angeklagten gegen die Zeugniszwangshaft abgelehnt. Ged muß nunmehr die Strafe annehmen. Die badische Justiz scheint also noch zuviel Ansehen zu genießen. Es wird sicher verringert werden, wenn sie dem Verfahren gegen Ged nicht bald ein Ende macht. —

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Zur Holzarbeiter-Aussperrung.

Eine Nichtbeteiligung mehrerer unrichtigen Behauptungen über die große Aussperrung in der Holzindustrie hat der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes an die „Frankf. Ztg.“ geschickt, worin er sagt:

1. Es ist unrichtig, daß die Holzarbeiter in Berlin eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 45 Stunden wöchentlich gefordert und es auf einen Kampf um dieselbe abgesehen hätten. Von der 45stündigen Arbeitszeit ist lediglich in den Verhandlungen mit dem Verein der Arbeitgeber die Rede gewesen, um letztere gegen die Arbeiter scharf zu machen, während die Holzarbeiter nur eine Arbeitszeitverkürzung von 52 auf 50 Stunden wöchentlich verlangten, und zwar erst als die Arbeitgeber auf dem Abschluß eines neuen dreijährigen Vertrags bestanden. Bei Verkürzung der Arbeitszeit auf einen neuen Vertragsabschluß, zumal von solcher Dauer, haben die Arbeiter sich ausdrücklich bereit erklärt, ohne Arbeitszeitverkürzung und auch ohne Lohnerhöhung weiter zu arbeiten.

2. Der Satz: „Auf Berlin folgten andre Städte, wo Verträge abließen und die Arbeiter neue Forderungen stellten“, ist in dieser Fassung völlig unrichtig. In Wahrheit folgten auf Berlin die Ausperrungen in Kiel und Varg, wo die bestehenden Verträge weder abgelaufen noch überhaupt gefährdet waren, sondern wo von den Arbeitgebern unter direktem Vertragsbruch die Holzarbeiter ausgesperrt wurden, zu dem angesprochenen Zwecke, damit den Berliner Arbeitgebern in ihrem Kampfe gegen den Holzarbeiterverband Hilfe zu leisten. In den weiteren Städten Leipzig, Halle, Götting, Guben trifft es ebensowenig zu, daß die Verträge abließen und die Arbeiter neue Forderungen stellten. Vielmehr sind in diesen Städten die Verträge gleichfalls durch die Arbeitgeber gefährdet worden, und die Ausperrung der Arbeiter in allen diesen Städten wurde von den Arbeitgebern bereits beschloffen und in der gesamten Presse angekündigt, bevor die Arbeiter zu neuen Vertragsverhandlungen überhaupt Stellung nehmen konnten.

3. Die Behauptung, der Holzarbeiterverband habe bereits vom Bundesratverband drei Partien von zusammen 800 000 Mark aufnehmen müssen, ist eine von den Arbeitgebern immer aufs neue verbreitete

Fenilleton.

(Nachdruck verboten.)

Schiffer Worsse.

Erzählung von Alexander L. Kielland.

Unter Mitarbeit des Verfassers übersezt von Dr. Friedrich Kestien.

(52. Fortsetzung.)

Unser alter Jakob Worsse ist zurzeit sehr krank, und nach dem Besuche, den ich vor einigen Tagen an seinem Krankenbett ablegte, kann ich leider nicht im Zweifel darüber sein, daß seine Tage gezählt sind. Wie ich vermutete und vorausagte, hat seine Ehe ihm wenig Glück gebracht. Denn wie Dir bekannt sein wird, gehört seine Frau zu den religiösen Schwärmern, und in diesen wenigen Jahren ist es ihr in Verbindung mit ihrer Mutter und der übrigen heiligen Bande gegliückt, unsern alten Worsse in einem solchen Grade zu verderben und zugrunde zu richten, daß ich das Papier nicht mit einer Schilderung seiner traurigen Defizienz verunzieren mag; ich ziehe daher vor, meiner Trauer und meinem Jorne Zügel anzulegen, und werde mich nur an das Geschäftsmäßige halten.

Wenn Jakob Worsse stirbt — und bei seinem gegenwärtigen Zustand können wir ihm einen raschen und sanften Tod nur wünschen — wird es sich also um eine Teilung zwischen seiner Witwe und seinem Sohne aus erster Ehe handeln, und hierbei könnten leicht Verwicklungen für unsere Firma entstehen. Um solchen möglichst zu entgehen, habe ich beschlossen, wenn die Zeit kommt, dem jungen Herrn A. Worsse vorzuschlagen, gegen Auszahlung einer Barsumme aus der Firma auszutreten, welchen Vorschlag er, wie ich geneigt bin zu glauben, wohl annehmen wird, sowohl aus dem Grunde, weil ich die Absicht habe, ihm eine bedeutende Summe zu offerieren, als auch weil er, nach meiner freilich etwas oberflächlichen Bekanntschaft mit ihm zu urteilen, vermutlich Wert darauf legen wird, einen bedeutenden Betrag in barem Gelde oder leicht realisierbaren Wertpapieren zu erhalten. Wie oben angedeutet, kenne ich den jungen Menschen nicht so genau, aber ich habe doch den Eindruck empfunden, daß der junge Herr A. Worsse keine Persönlichkeit ist, mit der wir wünschen können zusammen zu arbeiten; und wenn ich auch glaube, daß ich, solange mir die Vernehmung die Kraft vergönnt, an der Spitze dieses Geschäfts zu stehen,

wohl imstande sein werde, ihm die Stange zu halten, so will ich Dir doch nicht einen Kompagnon aufzwingen, zu dem wir nicht volles Vertrauen haben können.

Diese Aenderung hoffe ich noch vor Deiner Heimkehr ins Werk gesetzt zu haben, wie ich auch hoffe, daß sie Deinen Beifall finden wird. Auf der einen Seite liegt freilich etwas Anstößiges in dieser kurz dauernden Teilhaberschaft mit Worsse, aber andererseits dürfen wir nie vergessen, daß es das Geld vom alten Jakob Worsse war, was uns rettete, und ich trage Dir hiermit auf, die Familie im Auge zu behalten; wir haben die Pflicht, ihr beständig mit Rat und Tat beizustehen.

Wenn diese Affäre geordnet ist, werde ich vollkommen beruhigt sein, und ich hoffe, daß wir dann noch eine hübsche Reihe von Jahren vor uns haben, in denen wir zusammen in der Firma „Garman u. Worsse“ arbeiten.

Wenn Du bereits, wie ich nach Deinem letzten Briefe vermuten muß, in Paris angekommen bist, wirst Du ohne Zweifel die Freude gehabt haben, mit Deinem Bruder Richard in unserer Legation zusammenzutreffen, wohin ich auch diesen Brief adressiere. Ich bin davon überzeugt, daß Ihr gegenseitig viel Nutzen und Vergnügen von Eurer Gesellschaft in der großen Stadt haben werdet. Dein Bruder Richard wird durch seine Verbindungen imstande sein, Dir Zugang zu Kreisen zu verschaffen, in die Du als Fremder sonst nur schwer würdest kommen können während ich auf der andern Seite nicht daran zweifle, daß Deine Anwesenheit in mancherlei Weise für Deinen jüngeren Bruder von Nutzen sein kann. Die Zukunftsansichten, die Richard gewählt hat, führt ganz gewiß größere Ausgaben und eine luxuriöse Lebensweise mit sich, als sie für einen Kaufmann erforderlich oder besser gesagt gezwungen sein würde; nichtsdestoweniger will ich Dir hiermit ans Herz gelegt haben, ob Du nicht durch brüderliche Ermahnung Richard ein größeres Maßhalten im Verbrauch von Geld beibringen könntest. Mißversteh mich nicht, als ob es meine Meinung wäre, daß Du die Zeit Eures kurzen Beisammenseins damit verlieren solltest, ihm strenge Lektionen zu geben, auch wünsche ich nicht, daß Du ihm die Mitteilung so zufließen läßt, daß er darin einen Tadel von meiner Seite vermuten könnte. Ich wünsche im Gegenteil, da Ihr beide Euren Aufenthalt in Paris dazu benutzt, frohe und schöne Eindrücke zu sammeln, wozu diese Stadt so herrliche Ge-

legenheit bietet — in einem Umfang und mit einem Aufwand, wie es sich für Gelehrten in Eurer Stellung schickt, aber Euch fern haltet von jeder unnötigen Verschwendung, die nur ein Zeugnis für die eitle Reizung des minder kultivierten zu prahlerischer Dilettation ist. Da Deines Bruders Aufenthalt in Paris wahrscheinlich von längerer Dauer sein wird als der Deine, so werde ich die Affidavit, die das Haus Euch von hier mit der gleichen Post sendet, auf Richards Order ausheften lassen; und da ich gerade von Deinem jüngeren Bruder spreche, will ich nicht unterlassen, Dir im Vertrauen eine Mitteilung zu machen.

Du wirst nach meinem Tode ein Konto für Richard finden. Seine Erziehung ist aus vielen Gründen wesentlich teurer gewesen als die Deine, aber nichtsdestoweniger ist es mein Wunsch, daß Ihr als gute Brüder gleich und gerecht seid; das erwische ich Dir, Deinem Bruder nur vorkursweise in überreichen, was ihm zukommt, und bitte Dich, ihm niemals die letzte Portion zu überreichen.

Denn Dein Bruder Richard hat, bei all seinen Gaben und herrlichen Eigenschaften, nur wenig Talent, fürchte ich, irdisches Gut zu sammeln und zu bewahren. Darum sollst Du, mein lieber Christian Friedrich, dem ein glänzendes Geschick dieses Talent verliehen hat, Deinem Bruder ein brüderlicher Vorwand sein. Grüße den lieben Jungen sehr herzlich von mir, und bitte ihn zugleich, die Mitwirkung eines musikalischen Zuhörers seiner Verantwortlichkeit zu suchen, um im Verein mit Dir einen guten Jünger bei Erard auszuwählen, den Du sorgfältig beobachten und abschätzen lassen sollst; oder vielleicht kannst Du ihn, wenn Du im Frühjahr kommst, selbst mitbringen. Das alte Klavier genügt den Anforderungen der Zeit nicht mehr, und nach dem Tode Deiner Mutter ist es mir außerdem peinlich, die alten Töne zu hören, die mich allzu bitter an meinen großen, unwiederbringlichen Verlust erinnern.

Hier haben mehrere Wochen starke und anhaltende Stürme geherrscht, die manches Schiffunglück längs der Küste verursacht haben. Glücklicherweise befindet sich zurzeit keins von unsern Fahrzeugen in diesen Gewässern, aber um mehrere Schiffe aus der Stadt, die aus der Ostsee zurück-ernannt werden, soll man in großer Besorgnis sein. Du wirst übrigens erstaunt sein zu sehen, welchen Aufschwung der Handel und die Schifffahrt unsrer guten Stadt in den letzten Jahren genommen haben, ebenso wie ich vermute,

Wahrscheinlich. Wir erklären hiermit, und eine Nachfrage bei unserer Schulgasse Bank wird es jedem bestätigen, daß wir noch gar keinen Anlaß hatten, Darlehen aufzunehmen, sondern die finanzielle Lage des Verbandes gestaltet es uns, noch heute und auf eine lange Reihe von Wochen den Kampf der vereinigten Arbeitgeber gegen uns auszuhalten und zu parieren.

Aktion, Metallarbeiter! Die Arbeiter der Firma Seidel u. Kaumann in Dresden hielten eine stark besuchte Versammlung ab, in der schließlich mit überwältigender Majorität beschlossen wurde, in der nächsten mit überwiegender Mehrheit die Streikbewegung zu unterstützen. Bei der Streikbewegung waren von circa 1400 Anwesenden über 1200 für den Streik. Die Metallarbeiter mögen dies beachten und Zugzug streng vermeiden. — In der Maschinenfabrik von Kahl in Leipzig haben sämtliche Eisen Dreher wegen Arbeitsbedingungen die Arbeit eingestellt. Der Betrieb ist zu meiden, der Zugzug von auswärtigen zu halten. — Schmelze Form der Firma Denecke u. Gaensch in Prenzla haben die Arbeit niedergelegt. Es handelt sich um Lohnforderungen sowie Anerkennung der Arbeitsbedingungen, welche im vorigen Jahre bei Gelegenheit der allgemeinen Formvereinerung eingeführt wurden. Zugzug von Formern und Gießereiarbeitern ist fern zu halten. — Der Streik der Arbeiter in der Metallfabrik von Bom in Offenbach ist nach 18wöchiger Dauer beendet worden. Alle Forderungen der Arbeiter sind bewilligt worden. Es wurde ein Vertrag mit der Organisation der Arbeiter abgeschlossen. Es ist dies der erste Vertrag in der Metallindustrie Offenbachs, der mit der Organisation zustande gekommen ist.

Zur Verfallarbeiter-Auslieferung an der Unterweser. Die Schiffswerft von H. C. Nimmers gibt in Anschlag bekannt, daß sie mit nächstem Mittwoch ihren Betrieb fortsetzen würde, falls bis dahin die Differenzen bei der Aktiengesellschaft „Nesser“ zwischen den Arbeitern und der Direktion nicht beigelegt sein werden.

Ein Generalstreik aller Arbeiter der Lebensmittelbranche droht in Frankreich. Es ist bereits von den Arbeitern beschlossen worden, das Datum eines Ausbruchs wird aber noch geheimgehalten, man vermutet, daß er am Donnerstag ausbrechen werde. Der Grund des Ausbruchs ist vor allem darin zu suchen, daß die Arbeiter ihre Forderung, die gesetzlichen Ruhetage bezahlt zu bekommen, nicht überall durchzusetzen vermochten. — Nach einem Telegramm aus Nantes fanden dort und in Dunkirkens Versammlungen der eingeschriebenen Seelen statt, auf denen erklärt wurde, daß der allgemeine Ausstand beschlossen werden würde, im Falle die Regierungsvorlage, welche die Stellung der eingeschriebenen Seelen regelt, unverändert angenommen werden sollte.

Lohnbewegungen und Streiks. Die Bauarbeiter in Allenburg sind von den vereinigten Unternehmern ausgesperrt worden. Die Unternehmer wollten augenblicklich um jeden Preis den Kampf haben, an einer friedlichen Verständigung lag ihnen nichts. Die bürgerliche Presse hat sich bereit, die Auslieferung in eine „Arbeits-einstellung“ umzuwandeln. Wie üblich! — Die Elektromonteur der Firma Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, Rheinische Siemens-Schuckert-Werke, Frankfurt a. M. und Stroh u. Co. in Mannheim, legten die Arbeit nieder, weil die Firmen sich weigerten, mit dem Deutschen Metallarbeiterverband wegen Lohnforderungen zu verhandeln.

900 Zafararbeiter in Nantes haben sich mit etwa 100 anderen Arbeitern, die Lohnherabsetzung verlangten, solidarisirt erklärt und sind in den Ausstand getreten.

Verbandstag der Maurer.

W. T. Köln, 5. April.

(Nachmittagssitzung des vierten Verhandlungstages.)

Die heutige Nachmittagssitzung hat sich mit der „Regelung der Lohn- und Ausstattungsbedingungen“ der Angehörigen des Verbandes zu befassen, wozu seitens des Ausschusses eine Vorlage ausgearbeitet ist. Dahnke-Berlin beantragte die Vorlage in einer eingehenden Darlegung der Verhältnisse. Redner verweist auf die Pflichten der Angehörigen und betont, daß demgegenüber der Verband die moralische Verpflichtung habe, seine Angehörigen zu unterstützen. Man solle sich dabei auch nicht von ständigen Geschäftspunkten leiten lassen, sondern dabei im Auge haben, daß die finanzielle Unterstützung der Verbandsangehörigen nicht nur im Interesse der Angehörigen, sondern auch im Interesse des Verbandes liege. Neubauer-Charlottenburg ist gegen jede Erhöhung und Regelung der Lohnverhältnisse der Beamten, das solle man den Zweig-

daß Du vieles von dem, was hier vorgeht und unternommen wird, ebenso sonderbar finden wirst wie ich. Was mich besonders wundert und irritiert, ist, daß die religiöse Schwärmerei, die in meiner Jugend nur Eingang bei Bauern und ganz ungebildeten Leuten fand, heutzutage, weil davon sich zu verlieren, was zu erwarten und zu hoffen war, sich mehr und mehr ausbreitet und Anhänger auch in den Kreisen der Bevölkerung zu gewinnen scheint, von denen man doch erwarten könnte, daß sie durch eine vernünftige Auffklärung vor solcher Torheit bewahrt wären. Es ist mir sogar zu Ohren gekommen, daß einige Gelehrte die Religion zeigen sollten, die sie gänzlich für uns und höchst schädliche sogenannte Erweckung zu billigen, so sogar sich ihr offen anschließen. Das ist für jeden vernünftigen und aufrichtigen Vaterlandsfreund im höchsten Grade bedauerlich. Denn ebenso nützlich wie eine vernünftige und aufrichtige Auffklärung sind den gemeinen Mann ist, ebenso schädlich, verwerflich und es, wenn Gelehrte und ganz ungebildete Leute sich auf die religiöse Schrift werfen, die sie mit ihren noch richtig anzuwenden verstehen. Und was ist das wirklich so verabschiedet, was ich kann glauben kann. — Daß selbst die Geistlichkeit sich zu pietistischer Verjährung hin und unternünftigen Grübeln und Schwärmen hinwenden lassen will, da habe ich schwere Bedenken, daß dies ein großer Schaden für unser geliebtes Vaterland werden wird. In diesen Tagen zeigt Du, daß in gewissen Beziehungen die Beziehungen der Stadt und Landsgemeinde weit ist, und ich hoffe, Du wirst die Luft hier draußen ebenso frei und rein finden wie früher.

Und nun, mein lieber Sohn, will ich mit einem persönlichen Gruß an Dich und Richard von mir und von beiden Seiten schließen. Die guten Damen haben gerade Hoftrauer, wie Jakob Worte in alten Tagen zu sagen pflegten, aber sie trauen sich nichtsdestoweniger persönlich darauf, Dich wiederzusehen, und ich habe sie im Verdacht, daß sie mit dem Gedanken umgehen, Dich heimlich zu verheiraten, denn sie haben eine große Sehnsucht nach kleinen Kindern. Ja, auch ich habe, aufrichtig gesagt, ein hartes Verlangen, wieder neues Leben mit frohlichem Lachen und trippelnden Füßchen in dem alten Hause zu bemerken.

Dein Dich liebender Vater

Morten B. Garmann.

(Fortsetzung folgt.)

vereinen überlassen. Die Verhandlungen sollten es sich zur Ehre anrechnen, an der Spitze der deutschen Maurer zu stehen. Redner gibt zu, daß die geistige Arbeit aufsteigender ist wie körperliche, daß er will er auch mit sich reden lassen in Bezug auf Gewährung von Urlaub und wegen eines Aufschusses zu den persönlichen Versicherungsbeiträgen der Beamten. — Schlichter stellt in Vertretung des Standpunkts und sucht an einer Tabelle von Arbeitslöhnen nachzuweisen, daß die geforderten Löhnerhöhungen nicht möglich seien. — Wagnmann-Hannover will von der ganzen Vorlage nichts wissen und meint, daß man den Mitgliedern das Selbstbestimmungsrecht nehmen sollte. — Kirmes-Hamburg und Widen-Breslau sind mit der Vorlage einverstanden, wollen aber das Anfangsgehalt der Sozialbeamten höher bemessen haben wie in der Vorlage. — Hütmann-Braunschweig weist darauf hin, daß der Verband sich bisher auf diesem Gebiet als rückständig gezeigt habe und von andern Verbänden längst überholt worden sei. Leider spiele auch persönliche Missetat eine Rolle bei der Beurteilung der Angelegenheit manchmal eine große Rolle. Leute, die sich monatelang in keiner Versammlung blicken ließen oder sonst recht wenig um den Fortschritt kümmerten, tauchten bei Erörterung der Gehaltsfragen plötzlich auf, um ihre Wünsche anzubringen und denen, die fortwährend für das Wohl der Kollegen tätig seien, das Leben sauer zu machen. Eine geregelte Arbeitszeit der Angehörigen sei ausgeschlossen, Sonntagsarbeit die Regel, da solle man doch endlich mit der ewigen Gleichmacherei aufhören. Redner empfiehlt Annahme der Vorlage, jedoch müsse die starke Klassifikation zwischen Gärtnern und Sozialbeamten weggelassen werden. — Bömelburg: Es sei gewiss eine hohe Ehre, an der Spitze einer Organisation zu stehen, aber von Idealen könne niemand leben. Die geistige Tätigkeit und Fortentwicklung der Beamten erfordere erhebliche Ansprüche. Die Vorlage bewege sich doch auch in Bahnen, daß eben das Existenzminimum gewahrt sei. Es wäre eine Schande gewesen, wenn die Melodie der ersten Redner noch weiter gesungen worden sei. Man scheine vielfach zu vergessen, daß der Arbeiter seinen Angehörigen in der Organisation als Arbeitgeber gegenüberstehe. Vielfach seien allerdings die Beamten an einer solchen Behandlung selbst schuld, insofern sie nicht den Mut hätten, den Kollegen gegenüber ihre berechtigten Ansprüche zu verteidigen. Mancher scheute wohl aus Empfindsamkeit die ekelhaften Auseinandersetzungen und schweige lieber, das sei aber nicht der rechte Weg. Streng zu verurteilen sei es auch, wenn man, um sich die Gunst der Masse zu sichern, zu demagogischen Kniffen seine Zuflucht nehme. Redner erucht dringend, die Sache endgültig zum Abschluß zu bringen. — Nachdem noch einige Redner zu der Sache gesprochen, wird die Vorlage einer eilfertigen Kommission überwiesen.

Nach einer kurzen Pause beginnt noch eine Abendigung. — Öffentliche-Hamburg referiert über den im nächsten Jahre stattfindenden Gewerkschaftskongress. Redner beschränkt sich auf die formale Erörterung der Angelegenheit und empfiehlt die Bescheidung. Das Bureau schlägt vor, auch gleichzeitig den internationalen sozialistischen Kongress in Stuttgart und den internationalen Maurerkongress mit zu behandeln. Es geschieht das. — Bömelburg fährt aus, daß die Bescheidung durch den Verband vorwiegend deshalb erforderlich sei, weil der Verband zu zeigen habe, daß er zu der großen Klassenbewegung der internationalen Arbeiterbewegung gehöre, dann seien aber auch einige Punkte der Tagesordnung für die Gewerkschaften besonders beachtenswert. Bezüglich der Delegation, wie sie für die Gewerkschaften seitens der Generalkommission angedeutet worden ist, schlägt Redner vor, daß die 14 Delegierten, welche auf die Maurer entfallen, wie folgt verteilt werden: 2 Vertreter des Vorstandes, 1 Vertreter des Ausschusses, 1 Mitglied der Redaktion und die übrigen 10 Delegierten ganzweise aus dem gesamten Bezirk des Verbandes. — Zum internationalen Maurerkongress schlägt Bömelburg vor, die Delegation so einzurichten, daß die 14 Delegierten gleichzeitig als Vertreter dieses Kongresses gelten, da beide in Stuttgart tagen werden. — Nachdem einige Redner zu der Sache gesprochen, erhält der österreichische Delegierte Teienta das Wort, der seiner Freude Ausdruck gibt, daß es den österreichischen Kollegen mit Hilfe der Deutschen gelungen sei, sich eine Organisation zu schaffen, die zwar noch schwach, aber doch auf dem besten Wege sei, gut zu werden. Redner beantwortet die Einführung gleicher Mitgliedsbücher und setzt dann auseinander, daß die Organisationsbestrebungen in Österreich stark unter dem Nationalitätenhader zu leiden haben. Die tschechisch-slawische Organisation mache den tschechischen Organisationsbestrebungen erhebliche Schwierigkeiten. Es müsse ausgesprochen werden, daß auf den Kongress nur die Anhänger der Zentralorganisationen Zutritt hätten, dann werde mit Hilfe des „großen Bruders“ in Deutschland es auch gelingen, die föderalistischen Bestrebungen unschädlich zu machen.

Müller-Holland überbringt die Grüße der holländischen Organisation, die allerdings noch recht klein und den Deutschen hinsichtlich gering erscheinen möge. Von circa 17 000 Maurern seien erst etwas über 1000 organisiert, dazu noch in drei Richtungen, der anarchischen mit circa 400, der christlichen mit circa 300 und der freien zentralistischen mit 700 Mitgliedern, wovon aber die Hälfte als Hilfsarbeiter in Frage kämen. Redner gibt ein Bild von der Entwicklung auf industriell-ökonomischem Gebiet in Holland, das bis in die jüngste Zeit rückständig gewesen sei. Dann mache aber auch der Anarchismus der Arbeiterbewegung so viel Schwierigkeiten, so daß die langsame Entwicklung der dortigen Organisationen erklärlich erscheine. Der holländische Delegierte hofft, bei der nächsten Zusammenkunft ein besseres Resultat melden zu können, wenn ihnen der deutsche Kollege die Mithilfe am weiteren Aufbau der Organisation nicht verweigere.

Nachdem ein Schlußantrag angenommen, gibt Bömelburg sowohl den holländischen wie den österreichischen Kollegen die Versicherung, daß der „große Bruder“ den beiden schwächeren zur Seite stehen werde, sobald es erforderlich sei.

Es wird dann der Vorstandsbericht angenommen, wonach zum nächsten Gewerkschaftskongress 10 Delegierte, nach den einzelnen Landesbezirken gewählt, und 2 Vertreter des Vorstandes, einer des Ausschusses und ein Mitglied der Redaktion entsandt werden sollen. Der Verbandstag beschließt, die Wahlen noch vom Verbandstag vorzunehmen zu lassen.

Generalversammlung der Kupferschmiede.

Breslau, 6. April.

(Vierter Verhandlungstag.)

Es wird zunächst beschlossen, den Sitz des Verbandes für die nächsten 3 Jahre nach Berlin und den Sitz des Ausschusses nach Magdeburg zu verlegen. Zum ersten Vorsitzenden wird Saupé zum zweiten Bischoff, zum Hauptreferenten — da der bisherige eine Wiederaufnahme — Hoch-Berlin gewählt. Zum Vorsitzenden des Ausschusses wird Bischoff in Magdeburg gewählt. Der nächste Gewerkschaftskongress soll durch den ersten Vorsitzenden und einen Delegierten der Generalversammlung beschickt werden. Die Wahl fällt auf den Delegierten Koch.

Anschließend werden die Entwürfe der Agitationskommission und der Rechnungsabrechnung, die bisherigen Bezirke nach Jahresheften zu veröffentlichen und von 18 auf 8 bis 9 zu beschränken, angenommen. Die wichtigste Tagesangelegenheit wird dem Zentralvorstand überlassen.

Der nächste Bescheid wurde von 30 auf 60 Pfg. erhöht und soll auch während der Arbeitslosigkeit bezahlt bzw. von den Unternehmern in Höhe gebracht werden. Die ersten Beiträge sollen ab 1. Juli 1906 erhoben werden, während die Statuten in der beabsichtigten Form am 1. Januar 1907 in Kraft treten. Der Sitz des Verbandes wird am 1. Oktober verlegt.

Die Bescheidhaltung vom fünften deutschen Gewerkschaftskongress wird wegen Zeitmangels von der Tagesordnung abgesetzt, jedoch beschließen, jedes Jahr einen Kollegen an den von der Generalkommission ernannten Unternehmern auf Kosten des Verbandes teilnehmen zu lassen. Die Bescheid liegt dem Zentralvorstand und dem Ausschuss vor. Es sollen in den ersten Jahren besonders fähigste Bewerber ernannt werden. Außerdem wird ein Antrag angenommen und die Generalkommission zur Erledigung hien. Berücksichtigung auf dem nächsten internationalen Kongress überweisen, der die Gleichberechtigung der organisierten Arbeiter in überseeischen Ländern, besonders in Amerika, durchzusetzen müssen will. Jetzt müssen in Deutschland

organisierte Arbeiter, die ihr Domicil dahin verlegen, oft ein Eintrittsgeld von bis zu 420 Mark bezahlen, um als gleichberechtigt angesehen zu werden, während die Ausländer in Deutschland als gleichberechtigt anerkannt werden, wenn sie den Nachweis erbringen, daß sie in einer gleichen Organisation ihren Pflichten als organisierte Arbeiter genügt haben. Ferner wird eine Resolution einstimmig angenommen, in welcher den ausgeübten Goldarbeitern, Schneidern und Werkstattem im Unterwesergebiet die Sympathie ausgesprochen und materielle Unterstützung versprochen wird. In der schon um 2 Uhr beginnenden Nachmittagssitzung wird das Referat über Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Bezirk von Staromir-Berlin erstattet. Ein Antrag, gewisse Normen zu Tarifen festzulegen, wird angenommen und dem neugewählten Zentralvorstand, der nunmehr aus acht besoldeten und vier unbesoldeten Mitgliedern besteht, zur Erledigung überwiesen.

Nachdem noch die übrigen konventionellen Pflichten erfüllt sind, wird die sechste Generalversammlung mit einer ansehnlichen Schlussansprache des Vorsitzenden um 4 Uhr nachmittags geschlossen.

Provinz und Umgegend.

Mischerleben, 8. April. (Schwerer Unfall.) Bei den Abbrucharbeiten des Grundstücks Liebenwälder Plan 6 wurde der Zimmerpolier Voigt von einem niedergehenden Balken getroffen. Die Verletzungen waren so schwer, daß Voigt dem Krankenhaus überwiesen werden mußte. Wie Augenzeugen mitteilten, wurde bei den Arbeiten eine übergroße Last angewendet. Voigt ist Eigentümer des abzubrechenden Grundstücks.

(Uebergabe der Stephanischule.) Die im Apotheken-graben errichtete 24klassige Volksschule wurde am Freitag ihrer Bestimmung übergeben. Bei der Schulleiter wurden von verschiedenen Personen Reden gehalten, die von den Anwesenden herzlich mit gesteilter Meinung aufgenommen wurden. Herr Bürgermeister Wolmann stellte die Behauptung auf, es gäbe keine Internationale, jeder Deutsche habe nur national zu sein. Dieser Auffassung ist zwar der anwesende Vertreter der Firma H. C. Westphalen nicht entgegengetreten, er dürfte jedoch mit Rücksicht auf die Errichtung einer Filiale seines Betriebes in Johannesburg (Südafrika) anderer Meinung über Internationalität sein. Herr Rektor Holt charakterisierte die Volksschule in ihrer heutigen Bestimmung. Er legte die Worte Hebbels „Hab Achtung vor dem Menschenbild“ seinen Ausführungen zugrunde. Die seit 20 Jahren für die Volksschule geltenden Regulative seien nicht mehr anwendbar. Der Lehrer soll nicht Dressur üben, sondern lehren. Hierbei soll er das Naturell des Einzelnen nicht in Formen zwingen, denen es widerstrebt. Leider konnte man die Wahrnehmung machen, daß verschiedene der Anwesenden einer solchen Auffassung nicht zugänglich sind. Die neue Schule entspricht den Anforderungen der Gegenwart, die Räume sind luftig und hell, die Schulbänke sind Hermannsches Patent, ebenso ist ein Brausebad und Zentralheizung vorhanden. Die Klosets sind mit Wasserspülung versehen. Durch derartige Einrichtungen wird der Sinn für Hygiene bei der heranwachsenden Jugend gefördert. Leider murren die Vertreter der bestehenden Klasse über solche vernünftigen Einrichtungen. Sie führen an, daß solche Dinge zu ihrer Zeit auch nicht bestanden hätten. Man sieht hieraus, daß in diesen Kreisen die Träger des Fortschritts nicht zu finden sind.

(Glücklich verhüteter Unfall.) Bei den Abbrucharbeiten an dem bayerischen Grundstück an der Poststraße stürzte die an der Promenade liegende Scheunmauer ein, währenddem die Arbeiter mit Ausladen von Steinen beschäftigt waren. Auf rechtzeitige Warnung durch den Bauunternehmer Fr. Falke konnten die Arbeiter zur Seite springen. Der Wagen wurde durch das niedergehende Gemäuer zertrümmert.

(Gewerkschaftskartell.) Die Sitzung am 3. April war von 19 Delegierten und zwei Gästen besucht. Es schloßen die Delegierten der Buchbinder sowie der Steinbrüder und Bildhauer, letzterer entkultiviert. Außerdem waren die Bergarbeiter unvertreten (oder sind die Delegierten zurückgetreten? Der Schriftführer). Denn der Hauptvorstand des Bergarbeiterverbandes hat die Zahlstellen angewiesen, nicht 10 Pfennig, wie alle anderen Gewerkschaften, sondern laut Statut nur 5 Pfennig pro Mitglied und Vierteljahr dem Kartell zuzuführen. Wiederholt befaßte sich das Kartell mit der Angelegenheit, jedoch weigern sich die Mitglieder der hiesigen Bergarbeiterzweigstelle, aus ihrer Tasche die 5 Pfennig beizusteuern. Die Bildungs-Kommission besteht aus dem Vorstand und den Revisoren. Das vom Vorortkartell Magdeburg eingelaufene Rundschreiben wird in allen Teilen angenommen. Als Delegierte zur Kartellkonferenz werden die Genossen Kaufmann und Herwig gewählt. Die nächste Sitzung findet am 24. April statt.

Salzstadt, 8. April. (Gut abgelaufen.) Am Sonntagabend geriet auf der Gröberstraße ein Kind von etwa 2 Jahren der Elektrischen zu nahe, so daß es umgeworfen wurde. Es kam glücklicherweise mit nur kleinen Verletzungen davon.

Stettin, 8. April. (Wahlsache.) Freigeiprochen wurde vom Schöffengericht in Duedingburg der Genosse Beyerstedt wegen Uebertretung einer Polizeiverordnung. B. hatte am Sonntag vor der Reichstagswahl Flugblätter verbreitet. Auf eine Anzeige des Gendarmen Voigt in Sudebode — es ist dies derselbe, der vor mehreren Jahren unsern Genossen am 1. Mai die rote Fahne abnahm — hatte B. ein Strafmandat über 3 Mark erhalten, weil er durch das Flugblattverbreiten eine öffentlich bemerkbare Arbeit am Sonntag gemacht haben soll. Zwei Termine fanden nun statt; der erste wurde vertagt und auch im letzten konnte man nicht nachweisen, daß B. etwas Strafbares begangen hatte. Der Gemeindevorstand Müller hatte Beyerstedt auf der Straße gesehen und dabei bemerkt, daß B. „etwas“ in der Tasche unter dem Jackett hatte. Deshalb mußte der Amtsanwalt selbst den Freispruch beantragen und Vater Staat trägt wiederum die Kosten.

Thale, 8. April. (Einbruchsdiebstahl.) werden hier seit längerer Zeit verübt. Abgesehen haben es die Diebe hauptsächlich auf die Inhaber von Geschäften. Einem Kaufmann hat man verschiedene Waren aus dem Keller gestohlen, trotzdem dieser Keller unmittelbar an der Hauptstraße liegt. Einem andern wurden die Scheiben der Schaufenster eingedrückt und Schmuckwaren gestohlen. Bei dem Kaufmann Kelle ist die große Scheibe des Schaufensters in einer Nacht demoliert worden, hier wurden ebenfalls Sachen entwendet. An einem andern Schaufenster waren morgens die Scheiben mit schwarzer Seife beschritten, hier sind die Diebe ebenfalls gestört worden. Einem Privatmann sind mehrere Hüner gestohlen, einem Gastwirt sogar der Abtreiber vor der Tür. In der Donnerstagsnacht ist ein Einbruch verübt worden bei dem Eisenwarenhändler Franke an der Hüttenhauser; hier sind die Kellerräume durchstöbert, als die Diebe auch am Hintereingang den Durchgang wollten, wurden sie von den Bewohnern bemerkt. Die Diebe flohen aber. Man muß doch fragen, wie es möglich ist, daß alle diese verabschiedeten und ausgeführten Diebstähle an der Hauptstraße, der Hüttenhauser, ungehindert vor sich gehen können. Unsere Polizei ist fortwährend mit der Bevölkerungsumnahme verdrängt worden, wir haben also Beamte genug. Sollten sie etwa eine falsche Verwendung finden?

Bernigerode, 8. April. (Berammlung der Schneider.) Auch die Schneider von Bernigerode nahmen in einer Versammlung Stellung zu der hier und anderwärts vom Arbeitgeberverband vorgenommenen Ausperrung. Alldort wurde der Terrorismus des Unternehmertums scharf kritisiert. Eine Resolution wurde einstimmig angenommen, wonach der aufgezwungene Kampf mit allen zu Gebote stehenden Mitteln geführt werden soll.

Frühjahrs-Kontroll-Versammlungen.

Wienburg. Lindenhof, Sonnabend den 20. April, vormittags 10 Uhr, aus den Ortschaften Altenrode, Dattlingerode, Drüben und Stapelberg.

Schlagenthin. Bisheriger Kontrollplatz, Montag den 15. April, vormittags 9½ Uhr, die Ortschaften Altentische, Demfu, Neuentische, Schlagenthin, Sehlen, Werderhof, Klein-Werderhof, Jabeland.

mann. Vier halbfertige Bomben und eine Menge Aufrufe der anarchistisch-kommunistischen Gruppe fanden sich vor. Von den Einwohnern des Hauses wurden 19 verhaftet, darunter drei Söhne des Hausbesizers.

Tags darauf wurde auf der Straße ein gewisser Litwinow, der als Spion galt, erschossen, und gegen Abend ein Polizist erschossen, der die Behörde auf die Spur der Anarchisten im Hause Kuletscha gelenkt hatte.

In der Stadt herrscht Panik. Die wohlhabenderen Einwohner beabsichtigen die Stadt zu verlassen; viele liquidieren ihre Geschäfte.

Die Ermordung Tscherniak.

Der Petersburger Korrespondent des Pariser „Lemps“ hat seinem Blatt Mitteilungen gemacht über eine Interpellation, die von Mitgliedern der revolutionären sozialistischen Partei in der Reichsduma bezüglich des seinerzeit nach Stockholm geflüchteten und nach seiner Ausweisung von dort auf der Dampferfahrt nach Belgien „gestorbenen“ russischen Revolutionärs Tscherniak beabsichtigt sei.

Diese Interpellation stützt sich auf unbestreitbare Schriftstücke, die beweisen, daß ein Schriftwechsel vorhanden ist zwischen dem Minister des Innern und dem des Äußern über die Bewilligung einer Belohnung an einen Polizeienten, der mit dem Tode Tscherniak in Verbindung gebracht wird.

Das amtliche russische Telegraphenbureau bezieht sich, die Meldung zu dementieren. Folglich wird sie wahr sein.

Letzte Nachrichten.

* **London, 7. April.** Vorgestern Abend kam es zwischen sozialistischen, national-demokratischen und christlich-demokratischen Arbeitern der Fabrik Wagners zu blutigen Zusammenstößen, wobei drei getötet und fünf tödlich verwundet wurden. Gestern wiederholten sich die Vorfälle. — Der gestrige Vorfall ereignete sich um 7 Uhr Abends, als die Arbeiter, die sich in der Fabrik Wagners zur Arbeit gemeldet hatten, also die Streikbrecher, nach Hause gingen. Etwa 40 Mann, die mit Revolvern bewaffnet waren, verteilten ihren Weg und begannen, nachdem sie die Frauen und Kinder zum Fortgehen aufgefordert hatten, zu feuern. Das Schießen dauerte bis in die Nacht fort. Mehrere Personen sind getötet und zehn verwundet worden.

* **Helsingfors, 7. April.** Das endgültige Ergebnis der finnischen Landtagswahlen ist jetzt festgestellt. Danach sind gewählt 80 Sozialdemokraten, 58 Altkonservativen, 25 Jungfinnen, 24 Mitglieder der schwedischen Volkspartei, 11 Agrarier und 2 Mitglieder der christlichen Arbeiterpartei. Von den gewählten 19 Frauen gehören 9 der sozialdemokratischen Partei an.

* **London, 8. April.** (Eig. Drahtbericht der „Volksstimme“.) Man spricht hier von der Entdeckung großer Lager von Sprengstoffen und von einer revolutionären Verbindung. Einige Risten, deren Inhalt als Nager bekannt war und die von Hamburg nach New-Castle geliefert waren, erwiesen sich als mit Dynamit und Patronen gefüllt. Die Polizei glaubt, daß die russischen Revolutionäre erkannt haben, daß es leichter ist, Explosivstoffe von England aus in die nordrussischen Häfen zu expedieren.

* **Petersburg, 8. April.** Wie die reaktionäre „Nowoje Wremja“ meldet, befindet sich die Universität Kiew völlig in der Gewalt der Revolutionäre. Die Universität ist, schreibt das Blatt, in einen von der Regierung unterhaltenen politischen Klub verwandelt. — Die Studenten der Moskauer Universität bestanden auf ihrem Ultimatum, das ein weiteres Recht auf politische Versammlungen forderte. Die Universität Moskau wird voraussichtlich vor dem Mai nicht wieder eröffnet werden.

* **Petersburg, 8. April.** (Eig. Drahtbericht der „Volksstimme“.) Der Terror lebt wieder in vielen Teilen des Landes auf. In Charkow wurde ein Bahnzug geplündert, in Grodno ein Bankkontor; in Odessa wurde das Haus der Zeitung „Nowosty“ überfallen. Der „Zwietsch“ berichtet von der Entdeckung geheimer Kampforganisationen, die nach der Auflösung der Duma vorgehen wollen. Auch von einem großen Ausbruch der Bahnarbeiter wird schon gesprochen. Die Führer der revolutionären Parteien haben sich nach Simland begeben, um von der Grenze aus das Ganze zu leiten.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 8. April 1907.

Der Streik in der Maschinenfabrik Budau.

Wir teilten schon am Sonnabend mit, daß 80 Kesselschmiede, Arbeiter, Stenmer und Hilfsarbeiter in der Maschinenfabrik Budau, Abteilung Sudenburg, die Arbeit niedergelegt haben. Nur ein Arbeiter war stehen geblieben, wurde aber von der Betriebsleitung hinter die Streikenden hergeschickt, weil diese Arbeitswilligkeit dem Betrieb nichts nützen kann. Die Kesselschmiede ruht also vollständig. Die Ursachen zu diesem wirtschaftlichen Kampfe, welcher ein sehr harter zu werden scheint, sind folgende: Für die Arbeiter der Kesselschmiede in Budau sind die Verdienstverhältnisse schon seit einem Jahre geregelt. Obwohl nun die Abteilung Sudenburg (ehemals König u. König) vor drei Viertel Jahren in den Besitz der Budauer Maschinenfabrik übergegangen ist, hat die Direktion niemals daran gedacht, für bestimmte Berufe auch die gleichen Verdienste einzuführen. So kam es denn, daß die in der Abteilung Sudenburg beschäftigten Arbeiter trotz der größten Anstrengungen in der Stunde 7 Pfg. weniger verdienen, als ihre Berufskollegen der Kesselschmiede in Budau. Es ist selbstverständlich, daß diese Ungerechtigkeit den Mißmut der Arbeiter hervorgerufen mußte. Sie beantragten deshalb, den Lohn für Schmirmer und Stenmer auf 50, für Schmiede auf 45 und für Zugschläger und Arbeiter (Felder) auf 40 Pfg. pro Stunde festzusetzen. Außerdem wurde geordert, daß der Stundenlohn für alle Beschäftigten um 5 Pfg. erhöht wird. Dieser Antrag ist deshalb gestellt worden, damit leistungsfähigere Arbeiter bei Anrechnung dieser Lohnsätze auch in Zukunft schlechter qualifizierten Berufskollegen gegenüber im Vorteil sind. Für Hilfsarbeiter war die in Magdeburg übliche Lohnskala vorgesehen, wonach der Anfangslohn 30 Pfg. beträgt und dieser nach einem Monat um 2½ Pfg. und nach einer Beschäftigungsdauer von 6 Monaten auf 35 Pfg. gesteigert wird. Daß diese Forderung nothwendig ist, ergibt sich schon daraus, daß einem Arbeiter, welcher 10½ Jahr in dieser Fabrik gearbeitet hat, jetzt noch der „horrende“ Stundenlohn von 31 Pfg. gezahlt wird. Dabei hat dieser Mann, welcher seine Familie hat, seine Vorgesetzten wiederholt um Zulage angesprochen. Jeder gerecht denkende Mensch muß zugeben, daß bei den heutigen Verhältnissen und den hohen Anforderungen an die Körperkräfte dieser Arbeiter die Forderungen beschäiden und erfüllbar sind.

Die Betriebsleitung in Sudenburg schien ja beabsichtigt zu sein, sich mit dem Personal zu verständigen. Unter Vorbehalt der Genehmigung

durch die Budauer Direktion wollte sie mit Ausnahme der sich hart plagenden Hilfsarbeiter die Stundenlöhne der Antragsteller um 3 Pfg. erhöhen. Anders dachte jedoch der Direktor Salzmann. Dieser präsentierte dem Arbeiter-Ausschuß einfach eine Preisliste über „Arbeitsarbeiten, die zum großen Teil für die Sudenburger Abteilung gar nicht in Frage kommen. Dann stellten die Löhne der Hilfsarbeiter unter 21 Jahren der Vereinbarung überlassen bleiben, während ältere wohl mit 30 Pfg. eingestellt, nach Ablauf eines halben Jahres jedoch nicht 35, sondern nur 33 Pfg. erhalten sollten. Herr Salzmann ist nämlich der Meinung, daß dies der Metallindustrie Magdeburgs so üblich ist. Vielleicht erlaubt er sich einmal bei seinen Kollegen im „Industriellen-Verband“ über die „üblichen“ Löhne, damit er von seinem Irrtum überzeugt wird. Der Salzmann mußte sich doch sagen, daß solche Angebote, welche nur Verbesserungen stillstehen, ja Verschlechterungen bedeuten, eine Besserung der Situation nicht herbeiführen können. Geradezu richtig wirkt es jedoch, wenn er der Arbeiterkommission gegenüber die wohlwollenden Arbeitgeber herausstellt, welcher nun, nachdem er keine positiven Verbesserungen erfolgt sind, annimmt, daß eine Besserung möglich sein wird. Herrn Salzmann sind die Forderungen der Arbeiter bekannt. Will er eine Verständigung, dann muß er zunächst die Wünsche der Streikenden objektiv prüfen. Die Annahme der Untersekt ist in die angenehme Lage, das Unternehmen vor großem Schaden zu bewahren. Der Streik dauert fort.

Zur Schneiderauspehrung.

In den hiesigen bürgerlichen Blättern bringt der Arbeitgeberverband eine gewundene Erklärung an die Kundschaft, warum die Arbeiter auszuspehren. Wer den Schlusssatz aufmerksam liest, der merkt, daß nur die Lust vor dem Verlust von Kundschaft die Herren bisher abgehalten hat, den Beschäftigten ihrer Hauptverwaltung nachzukommen. Das wollen sie natürlich nicht ohne weiteres eingestehen, und so suchen sie nach einem andern Grunde, der angeblich darin besteht, daß die Gehilfenorganisation am Orte die mit ihr vereinbarten Abmachungen betreffend vierteljährliche Kündigung nicht anerkennen wollte. Wir erklären demgegenüber, so wird uns von der Organisation der Gehilfen geschrieben, daß zwischen dem Arbeitgeberverband und unserer Organisation in Magdeburg niemals irgendwelcher Tarif oder sonstiger Vertrag zustande gekommen ist. Das wissen auch die Herren Arbeitgeber, denn der § 1 der Arbeitsbedingungen, die dem Tarif, welchen diese Organisation anerkennt, vorangedruckt sind, lautet: Der Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe in Magdeburg vereinbarte mit einer Kommission, bestehend aus Arbeitnehmern der dem Verband angehörigen Firmen folgenden Lohnsätze und sonstigen Bedingungen usw. Das heißt auf deutsch, daß die Organisation nicht anerkannt worden ist.

Zwei Rechtsanwältinnen folgern, wie die Unternehmer behaupten, aus diesem § 1, daß die Organisation der Gehilfen trotzdem die Pflicht zu Kündigung hat! Aber auch die „Kommission“ kann nicht kündigen, weil sie nicht mehr besteht, oder ihre einstigen Mitglieder nicht mehr bei Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes beschäftigt sind. Aber die Herren müssen doch irgend einen Grund für ihr Tun angeben, und da schlen der von ihnen angeführte ihnen der beste zu sein. Zudem ließ dieser Vertrag wirklich keine Möglichkeit einer Ergänzung des Tarifs zu? Der § 7 der Bedingungen lautet: „Wünsche der Arbeitnehmer müssen in jeder Zeit von ihren Arbeitgebern gehört, und denselben nach Möglichkeit nachzukommen versucht werden.“ Wenn dieser Paragraph einen Sinn haben soll, so doch nur den, daß es zu jeder Zeit, also auch ohne erst vorher ein Vierteljahr kündigen zu müssen, möglich ist, Ergänzungen, oder wie man das sonst nennen will, Vorzuziehungen. Aber die Herren wollen eben nicht; deswegen antworten sie uns auch auf unser erstes Schreiben, daß sich ihre Leute bis jetzt bei ihnen nicht beschwert hätten. Wie raub! Welchen Sinn hätte denn eine Vereinbarung zwischen Organisation und Firmen, wenn eine von beiden, in diesem Falle die Gehilfen-Organisation, nicht das Recht hätte, von ihr zu stehenden Rechte Gebrauch zu machen?

Die Haltung des Arbeitgeberverbandes zeigt sich also derart widersprüchlich, wie es schlimmer kaum sein kann. Wir haben aber unsere Ansichten kein Hehl gemacht, und von vornherein den Standpunkt vertreten, dem wir heute noch treu sind. Der Arbeitgeberverband wollte sich nur von vornherein um seine Pflichten drücken, deswegen lancierte er die unwahren Behauptungen in die Presse, daß die Gehilfen ihre Forderungen zurückgezogen hätten. Nun, nachdem sie gezwungen sind, Farbe zu bekennen, fällt es ihnen natürlich um so schwerer. Darüber klatschen auch die Berichte von Kampfesfreudigkeit und Solidaritätsgesinnung der Unternehmer nicht hinweg. Wie es mit der Erfüllung dieser Ideale ausfällt, zeigt am besten die Tatsache, daß von 36 Verbandsfirmen erst 17 ausgespehrt haben, zum Teil sogar dazu gezwungen werden mußten. Und selbst Vorstandsmitglieder haben noch nicht alle ihre Arbeiter ausgespehrt! Freilich die Hauptstreiker können nicht ausspehren, weil — na, weil sie keine Arbeiter beschäftigen können, deren Idealismus ist also der billigste.

— **Der erste Matrauspehrungsbeschluss.** Der Arbeitgeberverband der Holzbearbeitungsbranche in Magdeburg beschloß am Freitag, jeden Arbeitnehmer, der am 1. Mai feiert, für den Rest der Woche, also drei Tage, auszusperrern, so daß vor Montag den 6. Mai kein Teilnehmer an der Maifeier wieder eingestellt werden darf. Im Vorjahre haben die Arbeitgeber einen ähnlichen Beschluß gefaßt. Die organisierten Holzarbeiter beschloßen demgegenüber, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen.

— **Achtung, Brauereiarbeiter!** Vor einiger Zeit traten die Brauereiarbeiter in Wittenberge in eine Lohnbewegung ein. Der niedrige Lohn und die schlechten Arbeitsbedingungen machten die Lohnbewegung durchaus notwendig. Da alle Verhandlungen ergebnislos waren, so legten die Brauereiarbeiter, die sämtlich organisiert sind, am Sonnabend früh einstimmig die Arbeit nieder. Bei der Brauerei Biered u. Bademann kamen 14 Mann in Betracht, während in der Wittenberger Brauerei Neustadt, Abteilung Wittenberge, 28 Arbeiter ausständig sind. Bei der Firma Biered u. Bademann dauerte der Streik drei Stunden; nachdem der Tarifvertrag unterzeichnet war, beruhen einer 25 prozentigen Lohnerhöhung verschiedene andere Verbesserungen teilte, wurde die Arbeit sofort wieder aufgenommen. Die große Wittenbrauerei aber mit ihrem Reichtum will weiter Leute haben, die für 16,50 bis 20 Mark arbeiten. Direktor Heidebrock erklärte, keinen Tarif der Brauereiarbeiter-Verbandes unterzeichnen wollen. Den Tarif der Bundesgesellen hat er aber unterschrieben. Dafür müssen diese jetzt bei dem Streik den Unternehmer unterstützen. Am Sonnabend vormittag wurden von der hiesigen Brauerei drei Bundesgesellen als Arbeitswillige abgesandt. Weitere sechs sind am Sonntag Abend in Wittenberge eingetroffen. Ein weiterer Transport ist am Sonntag Abend vom Bahnhof Neue Reichstadt abgegangen. Selbst an Organisierte wurde das Ansuchen gestellt, nach Wittenberge zu fahren; sie haben es aber selbstverständlich zurückgewiesen. Die Wittenbrauerei sollte aber einsehen, daß alles nichts nützt, und wenn sie 100 Arbeitswillige nach Wittenberge zieht. Die Streikenden haben die Sympathie der Arbeiterchaft, selbst der Bürger von Wittenberge und der ganzen Provinz. Sie werden sich jedenfalls so lange des Genusses des Bieres enthalten, als die Arbeiter noch für einen Hungerlohn von 16,50 bis 20 Mark arbeiten müssen. Sichtlich versuchen einmal die Brauereigewaltigen mit diesem Geld auszukommen. Zugum nach Wittenberge ist streng fern zu halten!

— **Feuer bezahlt.** Wie höfe man hereinfallen kann, wenn man ungerechtfertigterweise Einspruch gegen Strafverfügungen erhebt. zeigte am Sonnabend eine Verhandlung vor dem hiesigen Schöffengericht gegen einen Kutscher. Dieser hatte einen Strafbefehl in Höhe von 6 Mark erhalten, weil er im November d. J. auf dem Breiten Wege

nachts ruhestörenden Lärm erregt haben sollte. Er erhob Einspruch, erschien aber im Termin nicht, auch dann nicht, als sein persönliches Erscheinen angeordnet wurde. Seine Vorführung mißlang, so daß er schließlich einige Tage vor dem Termin am Sonnabend verhaftet werden mußte, damit endlich eine Entscheidung getroffen werden konnte. Seine Schuld wurde erwiesen und die Strafe auf 15 Mark erhöht. Wenn er nun auch sofort aus der Unterhofschaft entlassen wird, so hat er neben der Strafzahlung und den Verhandlungslosten auch noch 3 Tage Unterhofschaft als Folge seines Einspruchs zu verzeichnen.

— **Eine Stadtverordneten-Sitzung** findet am nächsten Donnerstag statt. Bis zur Erledigung der Erörterungen ist für jede Woche eine Sitzung in Aussicht genommen.

— **Errichtung einer Blindenanstalt.** Nach einer Bestimmung des Testaments des am 29. Juni 1893 hier verstorbenen Privatmanns Ldo Kästlich ist dessen Vermögen der Stadtgemeinde Magdeburg zugewandt zur Errichtung einer Blindenanstalt, sobald das Vermögen durch Zinszuwachs die Höhe von 300 000 Mark erreicht hat. Das Vermögen betrug Ende März vorigen Jahres 290 418,77 Mark und hat sich bis Ende März in diesem Jahre um 10 706,29 Mark erhöht. Da das Kapital nunmehr die vorgeschriebene Höhe von 300 000 Mark erreicht hat, will der Magistrat an die Errichtung der Anstalt herantreten. Verhandlungen sind bereits eingeleitet.

— **Eine weitere Verschönerung des Stadtparks.** Nachdem der ehemalige Schuttladeplatz im Rottergelände als aufgelassen zu betrachten ist, plant der Magistrat das durchaus unschöne Aussehen dieses Platzes dadurch zu beheben, daß auf dieser Fläche ungefährt Tausender von Kalliseern, Stachelnadeln und sonstigen schönen Dinge Anpflanzungen vorgenommen werden sollen. Hierzu sollen die anlässlich der Errichtung des neuen Festplatzes auf dem Rotterhorn herausgenommenen Gehölze der verschiedensten Art (rund 1500) dienen. Als Kosten für diese begrüßenswerten Anpflanzung sind 1875 Mark veranschlagt.

— **Eine zeitgemäße Reform.** In Verbindung mit der Tarifreform wird vom 1. Mai an eine Verbilligung der Personbeförderung mit der 4. Wagenklasse eingeführt werden. Bei dem der Berechnung zugrunde gelegten Satz von 1½ Pfg. pro Kilometer soll der Fahrpreis für eine Person künftighin nach Budau, Sudenburg und Reichstadt nicht mehr 10 Pfg.; sondern nur noch 5 Pfg. betragen. Eine gleichmäßige Verbilligung wird nicht nur für die Fahrt von und nach den Vororten, sondern auch für die weiter abgelegenen Stationen eintreten. Die Direktion der Magdeburger Straßenbahn wird dieses Vorgehen ihrer königlichen Konkurrentin mit sehr gemischten Gefühlen entgegennehmen.

— **Vor dem hiesigen Gewerbegericht** wurde im Februar eine Klage eines Arbeitgebers gegen einen Arbeitnehmer verhandelt. Die einen Streitgegenstand zwischen 100 und 300 Mark betraf und durch Verschämmisurteil erledigt wurde. Von 20 Klagen, die Arbeitnehmer gegen Arbeitgeber angebracht hatten, wurden 18 erledigt, davon eine durch Verschämmisurteil, zwei durch Anerkenntnis, sechs durch andere Urteile, vier durch Vergleich, drei durch Zurücknahme und zwei auf andere Art. Der Streitwert der Klagen betrug in einem Falle unter 20 Mark, in drei Fällen über 20 bis 50 Mark, in fünf Fällen über 50 bis 100 Mark, in drei Fällen über 100 bis 300 Mark und in sechs Fällen über 300 Mark.

— **Internationale Ballonfahrt.** Am Donnerstag den 11. April finden in den Morgenstunden internationale wissenschaftliche Ballonaufstiege statt. Es steigen Drachen, bemannte oder unbemannte Ballons in den meisten Hauptstädten Europas auf. Der Fieber eines jeden unbemannten Ballons erhält eine Bescheinigung, wenn er der jedem Ballon beigegebenen Instruktion gemäß den Ballon und die Instruktion sorgfältig bittet und an die angegebene Adresse sofort telegraphisch Nachricht sendet.

— **Die hiesige Kohleneinkaufs-Vereinigung** fordert im heutigen Interatentell auf, möglichst sofort die Deckung des Winterbedarfs an böhmischem Braunkohlen vorzunehmen, da der jetzige Frühjahrspreis der günstigste des ganzen Jahres ist. Gleichzeitig wird Aufschluß über den Zweck der Vereinigung gegeben, was für die neuzugeworbenen Mitglieder von Interesse sein dürfte.

— **Selbstmordversuch.** Am Sonnabend gegen Abend versuchte der 57 Jahre alte Arbeiter Felix Gries in der Sudenburger Fabrik sein Leben durch Erschießen ein Ende zu machen. Er brachte sich mit einem Revolver einen Schuß unterhalb des Auges und einen in die Brust bei. Beide Verletzungen waren jedoch nicht lebensgefährlich. Auf Veranlassung der Polizei wurde der Lebensmüde nach der Krankenanstalt Sudenburg gebracht.

— **Stubenbrand.** Durch unvorsichtiges Umgehen mit einer Petroleumlampe waren in einer Wohnung des Hauses Braunschweigstraße 27/28 Gardinen, Fenster und Tapeten in Brand geraten. Als die Feuerwehr eintraf, war die Gefahr bereits beseitigt.

— **Eine Betriebsstörung** auf sämtlichen Linien der Straßenbahn trat am Sonntag nachmittag um 1½ Uhr ein. Wie auf Kommando blieben die mit Fahrgästen gefüllten Wagen plötzlich stehen und waren trotz aller Mittel nicht von der Stelle zu bringen. Wie immer bei derartigen Unfällen verließen die Passagiere laut schimpfend die Wagen. Nur hörte man diesmal nicht, daß die Straßenbahndirektion Schuld an der Betriebsstörung sei, sondern man witterte gegen die Stadtverwaltung, die jetzt das Elektrizitätswerk erworben habe und trotzdem derartige Störungen nicht verhindern. Nach etwa 10 Minuten leuchteten die Glühbirnen der Wagen wieder auf, ein Beweis, daß wieder elektrischer Strom vorhanden war. Die Ursache der Betriebsstörung war ein Defekt auf der Zentrale des Elektrizitätswerks.

Letzte Nachrichten.

— **Dr. Dresden, 8. April.** Der vorgestrige Parteitag der sächsischen Reformpartei (Antisemiten) erklärte sich gegen Schiffahrtsabgaben, für die Anbahnung eines mitteleuropäischen Zollbündnisses und Fortführung der Sozialreform, besonders für die Förderung der christlichen Gewerkschaften.

— **London, 8. April.** Der „Times“ wird aus Tanger gemeldet: In der Hauptwohne von Fes wurde eine Kundgebung des Sultans verlesen, die besagt, daß durch verurteilte Untertanen des Sultans zwei Franzosen getötet und andere verwundet worden seien. Die französische Regierung sei über diese Frevelthaten sehr erregt und habe Absicht, wider alle Verträge und ohne Recht, zeitweilig in Besitz genommen. Der Sultan habe die Zusage, daß die Angelegenheit rasch erledigt und Absicht wieder von den Franzosen geräumt werden würde; inzwischen solle die Bevölkerung ruhig bleiben.

— **New-York, 8. April.** (Meldung der Associated Press.) Nach einer Meldung aus Mexiko hat ein junger Mann aus Guatemala mit Namen Cabrera den ehemaligen Präsidenten von Guatemala Barrios gestern Nacht in der Abgeordnetenversammlung getötet.

— **New-York, 8. April.** Heute morgen ist die Station der städtischen Straßenbahn durch Feuer zerstört worden. Sieben Feuerwehrleute sind durch einfallende Mauern erschlagen worden.

— **Paris, 8. April.** Der Vorsitzende des Syndikats der Angestellten des Finanzministeriums, Dardier, ist wegen eines Artikels in dem Vereinsblatt, in dem mit dem Auslande gedroht wird, aus dem Dienste entlassen worden. In Lille sind die Zimmerleute in den Lauffeldern gestreikt.

— **Wien, 7. April.** Der Zustand der Rädergehilfen ist nach mehrwöchiger Dauer heute beendigt worden, nachdem die Meister den neuen Tarif annehmlich haben.

H. ESDERS & Co.

Magdeburg, Breiteweg 45-47.

Fertige Herren-Garderobe

Fertige Knaben-Garderobe

Anfertigung nach Maß

: Größte Auswahl :

: Billige Preise :

Reelle Bedienung

Emaile-Börse

Breiteweg 119, Ecke Braunehirschstr.

Diese Woche:

Schmortöpfe 30 40 48 55 65 75 90 110 Pf. Küchenschüsseln 15 20 25 33 40 50 Pf.
Teigschüsseln 90 100 110 125-200 Pf. Spülwannen 135 145 168 185 200-350 Pf.

Ganz besonders billig:

Rüchenwagen, Reibmaschinen, Handtuchhalter, Borsten- u. Roßhaarbesen, Gießkannen
in allen Größen, blank und lackiert.

Wäscheleinen prima Hanf

30 40 50 60 Meter
140 180 225 325 Pf.

Neu eingetroffen: Braunes Topfgeschirr. Billigste Preise.

3912

M. Bosse.

Burg.

Geschäfts-Verlegung.

Meiner werthen Kundschaft zur gefälligen Kenntnissnahme,
daß sich die Lederhandlung früher Hallbau & Co. nicht mehr
Hainstraße, sondern unter meiner Firma

Franzosenstraße 67

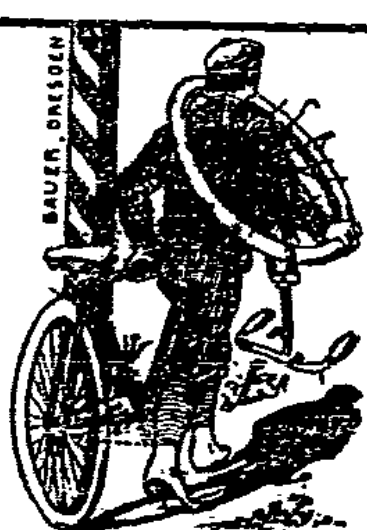
(früher Puffel'scher Laden) befindet und bitte ich, das mir bisher
geschenkte Vertrauen auch hier entgegenbringen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Wilhelm Friedrich.

3909

Alb. Brennecke Sudenburg
Ecke Westendstr.



Jetzt wird es Zeit!

Ihre Fahrräder instand setzen zu
lassen. Falls Sie irgendwelche Re-
paraturen ausführen lassen wollen,
so wenden Sie sich an unsere Firma
welche Ihnen für prompte, gute und
auch billige Bedienung garantiert
Pneumatikfedern j. Gr. v. 3 Mt. an
Neue Räder von 58 Mt. an, o. G.
Motor-Räder, neu und gebraucht,
Gebrachte Räder v. 10 Mt. an,
Luftschläuche von 2 Mt. an.
Alle Zubehörteile spottbillig.
— Rulante Abzahlungen.

Albert Brennecke, Sudenburg
Ecke Westendstr., Fernsprecher 1938.

Reißzeuge empfiehlt die Buchhdlg. Volksstimme

Schuhwaren!

1525 Billig! Billig!
Herren- u. Damenstiefel, Stiefe-
letten, Turn-, Strand- u. Kinder-
schuhe, Pantoffel, auch aus
Konfekturstoffen. Waren
nur Neustadt, Schmidstr. 44.



Kanarienhähne
von 4 bis 10 Mt. und
weibchen fortwährend
J. Tischler, Anna-
str. 25.

Kinderwagen. Billigste Be-
zugsnur
Zakobstraße 3, l. Engros- und
Einzelverkauf. Bestes Fabrikat
Wiederverkauf. überall gesucht.

Calbe a. S. Calbe a. S.

Achtung!
Tuchmacherstraße 52.
Wohnung
W. Wurbs
Schuhmacher-
meister.

Die gesamten Lagerbestände aus der

Konkursmasse

Edwin Loewinsohn

3689

kommen

Nr. 47 Jakobstr. Nr. 47

zum

Ausverkauf

Galanteriewaren, Lederwaren, Geschenkartikel,
Schmuckgegenstände, Toiletteartikel, Bilder, Spiel-
waren, Holzwaren, Lampen, Porzellan, Glas,
Emaille, Birken, Beisen usw.

Verkaufszeit 8-1, 3-8 Uhr.

Otto Lehmann Sudenburg
Halberstädter Str. 112

Spezialgeschäft für Wäsche

1767

Doppelt gereinigte Bettfedern und Daunen

Fertige Betten

Bettfedern-Reinigungsanstalt.

Halberstadt.

3914

Halberstadt.

Geschäfts-Übernahme.

Teile einem geehrten Publikum ergeht mit, daß ich das
Zigarrenengeschäft
des verstorbenen Herrn August Albert selbst übernommen
habe. Ich verspreche, nur eine reelle, preiswerte Zigarre
zu führen und bitte bei Bedarf, sich davon zu überzeugen.

Hochachtungsvoll

A. Peters

3941

3 Johannesbrunnen 3.

Christian Schmidt Holz- und
Kohlen-Handlung

Alte Neustadt, Stendaler Straße 1

empfehlen sich zur Lieferung von

3671

Brennmaterialien

als: Holz, Breiteis, Grudofels, Gaskoks, Anthrazit,
gute böhmische Braunkohlen und Holzkohlen.

Bestellungen durch Karte werden prompt erledigt.

Fahrzeit: Montag und Donnerstag Alte Neustadt, Dienstag
und Freitag Magdeburg, Mittwoch Neue Neustadt
und Bahn, Sonnabend Friedrichstraße u. Werder.

Bitte achten Sie auf das Kreuz, dann braucht der Kellmann
nicht zu suchen: „Der Kellmann ist da!“

Willy Martens

Teleph. 4686 (Inhaber: A. Karlowsky) Teleph. 4686

3545 6 Johannisfahrstraße 6

Herren-, Knaben- u. Arbeits-Garderoben

Anfertigung nach Maß

Leopold, Hübner, Gel- — Knaben- und Arbeits-Lagen

Glatte Schutzanzüge, Unterzeuge, Mützen

Billige Preise Lederhosen Billige Preise

Bitte auf die Hausnummer zu achten!

Kohlen-Einkaufs-Vereinigung Magdeburg

Ausschneiden!

3911

Aufbewahren!

An unsere bisherigen Mitglieder sowie an unsere geehrten Mitbürger Magdeburgs, welche die
Mitgliedschaft erwerben wollen, richten wir die dringende Bitte, den Kohlenbedarf möglichst in
den Monaten April, Mai oder spätestens Juni zu decken.

Zweck der Vereinigung

ist die Beschaffung einer guten, heizkräftigen böhmischen Hausbrandkohle (Stückkohle) nach amtlichem
Gewicht zum Selbstkostenpreise, mit einem ganz geringen Aufschlag für Verwaltungskosten und Drucksachen.

Die Mitgliedschaft

wird ohne Zahlung besonderer Beiträge durch Entnahme des Kohlenbedarfs gegen sofortige Barzahlung bei
der Vereinigung erworben.

Die Rechnungslegung

erfolgt alljährlich im Monat Januar oder Februar in einer durch die hiesigen Tageszeitungen bekannt
gegebenen Generalversammlung.

Folgende Annahmestellen nehmen gegen sofortige Bezahlung Aufträge von 20 Zentnern
an aufwärts entgegen:

Magdeburg-Alte Stadt: Bauhaus Dammann & Probst, Kaiserstraße 27. M. Wahren-
burg (Laden), Bismarckstraße 34. M. Witting (Laden), Schuhbrücke 25. M. Thiele (Restaurant),
Gustav-Adolf-Straße 30. — Buckau: F. Scholze (Laden), Dorotheenstraße 1. — Neustadt:
Julius Stief (Laden), Schandstraße 8. — Sudenburg: B. Brexmer (Laden), Halberstädter
Straße 52a. M. Bachler (Restaurant), Lutherstraße 24. E. Richter, Leipziger Straße 1a, III. —
Wilhelmstadt: F. Manger, Vorländer, Annastraße 22, III.

Die diesjährigen Kohlenpreise sind infolge Preissteigerung durch die Gruben und Erhöhung der Schiffs-
frachten erheblich gegen das Vorjahr gestiegen. Da eine weitere Steigerung der Preise demnächst zu erwarten
steht, so bitten wir im eignen Interesse um baldige Bestellung. Wir offerieren bis auf weiteres,
aus vorliegenden Rähnen sofort lieferbar, unsere heizkräftigen

Prima Karbiber Stückkohlen mit 64 pf. ab Bahn.